

Umsetzungsplan 2009

Fortschrittsbericht zum Regierungsprogramm „Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen“



Inhaltsverzeichnis

I.	Fortschritte 2008 und Weiterentwicklung des Regierungsprogramms 2009.....	4
1.	Berichtsauftrag	4
2.	Ergebnisse und Weiterentwicklung im Überblick	5
3.	Handlungsfeld Personal	7
3.1	Fortschritte 2008	7
3.2	Weiterentwicklung 2009	8
4.	Handlungsfeld Steuerung.....	9
4.1	Fortschritte 2008	9
4.2	Weiterentwicklung 2009	11
5.	Handlungsfeld Organisation.....	12
5.1	Fortschritte 2008	12
5.2	Weiterentwicklung 2009	14
6.	Handlungsfeld Internationale Kooperationsfähigkeit.....	16
6.1	Fortschritte 2008	16
6.2	Weiterentwicklung 2009	16
7.	Begleitende Veranstaltungen und Informationen	18
II.	Modernisierungsprojekte.....	22
1.	Handlungsfeld Personal	22
1.1	Führungskräfteentwicklung	23
1.2	Personalplanung	24
1.3	Bildungscontrolling	26
1.4	E-Learning.....	28
1.5	Systematische betriebliche Gesundheitsförderung im unmittelbaren Bundesdienst	30
1.6	Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	33
1.7	Reform Tarifrecht	36
1.8	Dienstrechtsneuordnungsgesetz.....	38
1.9	Mobiles Arbeiten	40
2.	Handlungsfeld Steuerung.....	41
2.1	Strategische Steuerung.....	42
2.2	Qualitätsmanagement	43
2.3	Evaluation	46
2.4	Effiziente Fachaufsicht über nachgeordnete Geschäftsbereiche.....	47
2.5	Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens	49
2.6	Projektmanagement	50
2.7	Ideenmanagement	51
2.8	Change Management.....	53

3.	Handlungsfeld Organisation.....	54
3.1	Kompetenz- und Dienstleistungszentren	55
3.1.1	Aufbau und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren (Shared Services Center)	55
3.1.2	Bearbeitung von Personalkosten, Personalnebenleistungen, Familienleistungsausgleich und Versorgungsleistungen	58
3.1.3	Optimierung der Beschaffung	60
3.1.4	Dienstleister Beschaffung	62
3.1.5	Reise- und Reisekostenmanagement	64
3.1.6	Projekt D115 Einheitliche Behördenrufnummer	66
3.1.7	Bürgerservice-Zentrum BMI und Geschäftsbereich	69
3.2	Aufgabenkritik	71
3.3	Bürgerfreundliche Verwaltungssprache	73
3.4	Verständliche Gesetze	74
3.5	IT-gestütztes Haushaltsaufstellungsverfahren	76
3.6	Empfehlungen zur Internen Revision	78
3.7	Ausbau des Informations- und Wissensmanagements.....	79
3.7.1	Weiterentwicklung Intranetportal des Bundes.....	79
3.7.2	Mitarbeiterportal OfficeNet	81
3.7.3	E-Vorgangsbearbeitung/Dokumentenmanagement.....	83
3.7.4	Informations- und Bibliotheksportal des Bundes.....	85
4.	Internationale Kooperationsfähigkeit.....	89
4.1	European Public Sector Award	90
4.2	Personalbeurteilung in internationalen Organisationen	92
4.3	OECD-Länderexamen in Deutschland.....	93
III.	Organisation des Programms	95
IV.	Abkürzungsverzeichnis	96

I. Fortschritte 2008 und Weiterentwicklung des Regierungsprogramms 2009

1. Berichtsauftrag

Die Bundesregierung hat am 13. September 2006 mit dem Regierungsprogramm „Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen“ einschließlich des Programms E-Government 2.0 die Strategie für die weitere Modernisierung der Bundesverwaltung beschlossen. Mit den Umsetzungsplänen 2007 und 2008 wurde das Programm in den Bereichen Personal, Steuerung, Organisation, E-Government und internationale Kooperationsfähigkeit durch inzwischen 70 Einzelprojekte konkretisiert.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat den Auftrag, dem Kabinett jährlich über den Stand der Umsetzung und die Weiterentwicklung des Regierungsprogramms zu berichten. Demgemäß wird der Umsetzungsplan 2009 vorgelegt, der

- über die Projektfortschritte 2008 informiert,
- das ressortübergreifende Arbeitsprogramm zur weiteren Modernisierung der Bundesverwaltung im Jahr 2009 beschreibt und
- die einzelnen Modernisierungsprojekte vorstellt.

Mit dem IT-Konzept der Bundesregierung ist die Verantwortung für den Programmteil E-Government 2.0 auf den Rat der IT-Beauftragten übergegangen. Der Rat hat das Programm E-Government 2.0 am 29. Januar 2009 beschlossen.

2. Ergebnisse und Weiterentwicklung im Überblick

Die Bundesregierung hat im Jahr 2008 bei der Umsetzung des Regierungsprogramms „Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen“ deutliche Fortschritte erzielt. Die Projekte Bildungscontrolling, Dienstrechtsneuordnungsgesetz, Projektmanagement und Personalbeurteilung in internationalen Organisationen wurden 2008 erfolgreich abgeschlossen. Die Ergebnisse liegen in Form von neuen Gesetzesregelungen (Dienstrecht), von Leitfäden/Arbeitshilfen und Empfehlungen vor. Sie werden in naher Zukunft Wirkung zeigen. Das Dienstrechtsneuordnungsgesetz ist nun in der Praxis anzuwenden, Leitfäden und Handlungshilfen bieten Unterstützung im Arbeitsalltag, Empfehlungen können bei konkreten Verwaltungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Die 2008 ins Programm aufgenommenen Projekte können erste Ergebnisse vorweisen: D115 Einheitliche Behördenrufnummer, Bürgerservicezentrum, bürgerfreundliche Verwaltungssprache und verständliche Gesetze – diese Projekte sind Ausdruck einer verstärkten Bürger- und Serviceorientierung der Bundesverwaltung – sowie IT-gestütztes Haushaltsaufstellungsverfahren und OECD-Länderexamen.

Beim Projekt D115 Einheitliche Behördenrufnummer ist es in enger Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen gelungen, die fachlichen und technischen Voraussetzungen für einen einfachen Zugang der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft zu den Behörden zu schaffen. Das Konzept wird zunächst in einem zweijährigen Probetrieb in Modellregionen mit annähernd zehn Millionen Einwohnern getestet und schrittweise weiterentwickelt. Es bietet die Chance der Verknüpfung mit weiteren Modernisierungsvorhaben und ist damit Triebfeder einer bürger- und serviceorientierten Verwaltung.

Verwaltungsmodernisierung ist ein kontinuierlicher Prozess. Zahlreiche Projekte des Regierungsprogramms sind deshalb über die laufende Legislaturperiode hinaus angelegt. Die Ressorts werden 2009 zwei neue Projekte in Angriff nehmen: „Change Management“ und „Mobiles Arbeiten“.

Die entwickelten Lösungen, Instrumente, Verfahren und sonstigen Ergebnisse können von den Behörden der Bundesverwaltung bei Bedarf übernommen werden. Über Auswahl und Einsatz entscheiden die Bundesministerien und Geschäftsbereiche in eigener Verantwortung. Das BMI versteht sich in diesem Prozess als Initiator und Koordinator, um

bessere Rahmenbedingungen für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung zu schaffen.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Verwaltungsmodernisierung bleibt die Beteiligung der Gewerkschaften und Personalvertretungen. Entsprechend der Modernisierungs- und Fortbildungsvereinbarung „Für Innovationen, Fortbildungen und Führungskräfteentwicklung in der Bundesverwaltung“ vom 5. Oktober 2007 wurde ein Konsultationskreis etabliert, dem Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums des Innern und der Gewerkschaften angehören. Im Jahr 2008 fanden vier Sitzungen des Konsultationskreises statt, bei denen folgende Themen diskutiert wurden

- Regelungen für die Partizipation von Gewerkschaften bei ressortübergreifenden Projekten
- Auf- und Ausbau von Dienstleistungszentren
- D115 Einheitliche Behördenrufnummer
- Bildungscontrolling
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Gesundheitsförderung
- Elektronischer Dienstaussweis
- Elektronischer Personalausweis
- Weiterentwicklung des Regierungsprogramms (Umsetzungspläne)

Das Jahr 2008 stand auch im Zeichen der Diskussion und des Erfahrungsaustausches über die Projekte des Regierungsprogramms und ihre Weiterentwicklung. Bei zahlreichen Veranstaltungen wurden Maßnahmen, Konzepte und Ideen diskutiert und Möglichkeiten der Verwaltungskooperation erörtert (vgl. dazu 7.).

3. Handlungsfeld Personal

3.1 Fortschritte 2008

Entwicklung von Anforderungsprofilen

Die Arbeitsgruppe Führungskräfteentwicklung hat am Beispiel von Führungspositionen in Bundesministerien Aufgabenprofile entwickelt und jeweils notwendige Fertigkeiten und Fähigkeiten definiert. Die Profile sollen die Verantwortlichen bei der Personalauswahl und der Personalentwicklung unterstützen, indem sie Eignungskriterien formulieren und messbar bzw. vergleichbar machen. 2008 erarbeitete die Projektgruppe ein Dokument, mit dessen Hilfe interessierte Behörden Anforderungsprofile selbst erstellen und nutzen können. Ergänzt wird die Handreichung um eine Anwendungshilfe auf CD-ROM. Die Veröffentlichung erfolgt Anfang 2009.

Bildungscontrolling

Das Projekt ist beendet. Es wurde ein Abschlussbericht mit fünf Materialbänden erstellt: Trendanalyse, Bestandsaufnahme, Dokumentation des Fachkongresses Bildungscontrolling, kennzahlenbasiertes Fortbildungscontrolling, Curriculum Fortbildungsberatung. Der Lenkungsausschuss hat dem Abschlussbericht und den darin enthaltenen Empfehlungen zur Verbesserung der Qualität, Effektivität und Effizienz der dienstlichen Fortbildung in seiner Sitzung am 30. Oktober 2008 zugestimmt.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Um bundesweit mit gutem Beispiel voranzugehen, hat das Bundeskabinett am 20. August 2008 beschlossen, dass sich alle Bundesministerien, das Bundeskanzleramt sowie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bis Ende 2009 dem audit berufundfamilie® der gemeinnützigen Hertie-Stiftung unterziehen müssen. Nach BMWi, BMFSFJ, Auswärtiges Amt, BMI und BMAS hat sich auch das Bundeskanzleramt bereits 2008 dem Audit unterzogen und das Zertifikat für familienfreundliche Arbeitswelt erhalten. Das BMG steht kurz vor dem Abschluss.

Dienstrechtsneuordnung

Das Gesetz zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz) ist am 12. Februar 2009 in Kraft getreten. Es ist ein entscheidender Beitrag zur Modernisierung der Bundesverwaltung. Schwerpunkte der Neuregelungen im Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht sind die Förderung des Leistungsprinzips und der Mobilität zwischen Wirtschaft, internationalen Organisationen und

Verwaltung. Bei der Beamtenversorgung trägt das Gesetz der demografischen Entwicklung Rechnung und zeichnet im Interesse der Generationengerechtigkeit die Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung nach.

3.2 Weiterentwicklung 2009

Besondere Aufmerksamkeit gilt 2009 im Handlungsfeld Personal der Führungskräfteentwicklung und dem Bildungscontrolling. Ein am 26. Februar 2009 auf Initiative des BMI/der BAKöV eingerichtetes interministerielles Koordinierungsgremium wird die sukzessive Umsetzung der Empfehlungen der Projektgruppe Bildungscontrolling in den Behörden und Fortbildungseinrichtungen des Bundes prüfen und darüber einvernehmlich entscheiden. Die Verantwortung liegt dabei in den jeweiligen Ressorts.

Im weiteren Verlauf ist die Verknüpfung mit dem Projekt Führungskräfteentwicklung möglich und sinnvoll: nämlich das Abstimmen von Anforderungsprofilen mit dem Fortbildungsangebot für Führungskräfte. Erste Überlegungen für ein neues Konzept der Führungskräftefortbildung, das 2009 in Angriff genommen werden soll, gehen in diese richtige Richtung.

Das Jahr 2009 steht im Handlungsfeld Personal ebenso im Zeichen der Familienfreundlichkeit – ein wichtiger Aspekt für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Auf Beschluss des Bundeskabinetts werden sich alle Bundesministerien sowie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bis Ende 2009 dem audit berufundfamilie® der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung unterzogen haben. Damit setzt die Bundesregierung ein Signal für mehr Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt.

Der Attraktivität und Flexibilität der Verwaltung dient auch das Projekt „Mobiles Arbeiten“. Ein Baukastensystem mit möglichen Modulen für entsprechende Dienstvereinbarungen soll entwickelt werden, das die Einführung dieser neuen Arbeitsform in den Behörden erleichtern hilft. Dafür hat die Projektgruppe im Jahr 2008 Erfahrungen der Bundesverwaltung, der Landesverwaltungen sowie aus Wirtschaft und Wissenschaft ausgewertet und evaluiert.

4. Handlungsfeld Steuerung

4.1 Fortschritte 2008

Methoden der Strategischen Steuerung

Auf Basis einer Bestandsaufnahme wurde ein Orientierungsrahmen erarbeitet, der die Erfahrungen der Ressorts mit der strategischen Steuerung aufnimmt und systematisiert. Die Abstimmung des Orientierungsrahmens wird Anfang 2009 abgeschlossen.

Ein zweitägiger Strategiedialog im September 2008 bot Gelegenheit für einen Wissens- und Erfahrungsaustausch. Im Fokus standen Erfahrungen für eine bessere interne und ressortübergreifende Steuerung von Bundes- und Landesbehörden. Vorgestellt wurden verschiedene Instrumente der strategischen Steuerung, beispielsweise Projekte zur Evaluation oder zur Fachaufsicht.

Mit einer ganzheitlichen strategischen Steuerung kann das Verwaltungshandeln wirkungsorientiert gestaltet werden. Eine entsprechende Lösung findet sich beispielsweise im Pilotprojekt des Bundesversicherungsamtes:

Pilotprojekt: Ziel- und Aufgabensteuerung im Bundesversicherungsamt

Ein Best-Practice-Beispiel ist das Projekt Ziel- und Aufgabensteuerung (ZAS) im Bundesversicherungsamt – und zugleich ein Beispiel für die Verknüpfung von Steuerungsinstrumenten wie Zielbildung, Aufgabenkritik und Personalmengenplanung sowie für das ganzheitliche Denken und Handeln. ZAS ist der Ausgangspunkt für einen umfassenden Steuerungsansatz auf allen Entscheidungsebenen im Bundesversicherungsamt. Zwei Projektphasen – Strategie-/Zielbildung und Zweck- und Vollzugskritik sämtlicher Aufgaben – wurden parallel in den neun Abteilungen und 50 Referaten der Behörde durchgeführt und in der Entscheidungsphase verknüpft. Durch Vorgabe von Einsparungszielen je Abteilung konnten über 1.000 Verbesserungs- und Einsparungsvorschläge generiert werden. Sie wurden vor dem Hintergrund der aufgestellten Ziele angenommen, modifiziert oder abgelehnt und sind per Schlussentscheid der Amtleitung bindend. Zielbildung, Aufgabenanalyse, Protokollierung der Vorschläge und der Entscheidungen sowie das Controlling erfolgen datenbankgestützt. Das erlaubt die zentrale Steuerung aller Maßnahmen und damit den Ausbau der ZAS zu einem systematischen und kontinuierlichen Steuerungskreislauf.

Effiziente Fachaufsicht

2008 hat der Ausschuss für Organisationsfragen (AfO) Grundsätze zur Ausübung der Fachaufsicht der Bundesministerien über den Geschäftsbereich beschlossen. Das ist ein entscheidender Schritt zu einem einheitlichen Verständnis dieser Aufgabe. Die Definition der Fachaufsicht wird in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) aufgenommen. Die BAKöV konzipierte mehrtägige Seminare für Beschäftigte mit Fachaufsichtsaufgaben. 2008 fanden bereits drei Seminare statt.

Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens

Auf Basis der bisherigen Ergebnisse der Projektgruppe wird das Modell einer modernen (erweiterten) Kameralistik weiterverfolgt. Die Projektgruppe schloss 2008 die Ist-Analyse in den Bereichen Kosten-Leistungs-Rechnung, IT, Vermögensrechnung, Anlagenbuchhaltung und produktorientierter Haushalt ab. Die Arbeiten am Feinkonzept haben Mitte 2008 begonnen.

Projektmanagement

Mit der Veröffentlichung des überarbeiteten Praxisleitfadens „Projektmanagement“ noch vor dem Kabinettsbeschluss zum Umsetzungsplan 2009 ist das Projekt abgeschlossen. Eine Reihe von Nachfragen aus Wissenschaft und Verwaltung zeigt das große Interesse und den Bedarf an diesem Leitfaden.

Ideenmanagement

2008 evaluierte das Netzwerk der zentralen Ideenmanagerinnen und Ideenmanager die Entwicklung des Ideenmanagements in der Bundesverwaltung in den Jahren 2006 und 2007. Darauf aufbauend begann eine Arbeitsgruppe, die Rahmenrichtlinie für ein modernes Ideenmanagement in der Bundesverwaltung zu überarbeiten. Die Neufassung der Rahmenrichtlinie soll den Behörden mehr Flexibilität in der Organisation ermöglichen und zu passgenauen Lösungen führen.

Die erste ebenenübergreifende Ideenkonferenz für die öffentliche Verwaltung „Ideen machen Zukunft“ im Oktober 2008 bot Ideenmanagerinnen und -managern des Bundes und der Länder die Gelegenheit, sich kennen zu lernen und ressortübergreifend Informationen und Erfahrungen auszutauschen.

2008 wurde beschlossen, die Projekte **Qualitätsmanagement** und **Prozessorientierte Organisation** zu koppeln. Eine Geschäftsprozessoptimierung ist immer mit Fragen der Qualitätssicherung und -steigerung verbunden. Aus diesem Grund ist die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für beide Themenfelder sinnvoll.

4.2 Weiterentwicklung 2009

Die Arbeiten zur Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens sollen 2009 so weit fortschreiten, dass das Modell in Pilotvorhaben erprobt werden kann. Die Fertigstellung des Feinkonzepts ist für Mitte 2009 geplant.

Auch die ziel- und ergebnisorientierte Steuerung des Verwaltungshandelns bleibt ein Kernziel des Handlungsfeldes. Projekte zur strategischen Steuerung, zur Fachaufsicht, zur Evaluation und zum Qualitätsmanagement – einschließlich der prozessorientierten Organisation – werden systematisch fortgesetzt. Sie haben viele Schnittstellen und rücken weiter zusammen. Die neue Rahmenrichtlinie für das Ideenmanagement und ein Online-Tool für eine ressortübergreifende Ideen-Statistik, darüber hinaus Handlungshilfen und Leitfäden zum Qualitätsmanagement und zur Fachaufsicht und andere Dokumente werden die Beschäftigten der Ressorts bei ihrer Arbeit unterstützen.

In allen Projekten des Handlungsfeldes Steuerung wird der Erfahrungsaustausch intensiviert und Weiterbildungsangebote etabliert, um Instrumente, Konzepte, Modelle und Erfahrungen vorzustellen und vom Besten zu lernen. Geplant ist weiterhin der Aufbau eines Qualitätsmanagementzentrums, um Behörden bei der Konzeption und Einführung von Qualitätsmanagement zu unterstützen.

5. Handlungsfeld Organisation

5.1 Fortschritte 2008

Auf- und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren (DLZ)

Die Vorhaben zur Bündelung von standardisierbaren verwaltungsinternen Dienstleistungen gehören zu den Kernprojekten des Regierungsprogramms. Mit Hilfe moderner IT-Verfahren können diese Tätigkeiten in behördenübergreifenden Dienstleistungszentren wahrgenommen werden, während die strategischen Aufgaben in den Behörden verbleiben. BMI, BMF, BMVg, BMVBS und BMWi beteiligen sich als potenzielle Anbieter verwaltungsinterner Dienstleistungen an diesem Projekt.

2008 schloss das Projektteam die 2. Phase "Definition Soll-Zustand & Masterplan" ab. Im Ergebnis wurden Prozess- und Organisationsmodelle erarbeitet und Aussagen zu unterstützenden Technologien getroffen. Das Projektteam leitete Optimierungs- und Bündelungsmaßnahmen ab und erstellte einen Masterplan für die Umsetzung (Priorisierung der Themen und Phasen). Parallel dazu wurde die Wirtschaftlichkeit möglicher DLZ-Modelle berechnet und verglichen. Die im Ergebnis erstellte Machbarkeitsstudie hat Modellcharakter. Sie stellt dar, dass der Aufbau von DLZ in einzelnen Bereichen des Haushalts, Personals und der Beschaffung realisierbar, sinnvoll und wirtschaftlich sein kann.

Phase 3 „Feinplanung & Umsetzung der Maßnahmen“ wurde begonnen. Innerhalb der Projektressorts und des Bundeskanzleramtes bildeten sich 17 Pilotprojekte. Im BMI ist die Entscheidung für eine flächendeckende Nutzung von Dienstleistungszentren im eigenen Geschäftsbereich gefallen. Eine entsprechende Projektgruppe nahm die Arbeit auf.

D115 Einheitliche Behördenrufnummer

Wie Innovationen und eine bürgernahe Verwaltung in der Praxis funktionieren können, zeigt das Projekt D115 Einheitliche Behördenrufnummer – ein weiteres Kernprojekt des Regierungsprogramms. 2008 konnten bei der Einführung der 115 wichtige Meilensteine erreicht werden. Die Projektgruppe hat gemeinsam mit Experten aus den Kommunen, den Ländern und dem Bund auf der Basis des Grobkonzepts ein umfassendes Feinkonzept entwickelt. Es legt die technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für den Pilotbetrieb fest. Das Feinkonzept wurde am 26. September 2008 veröffentlicht. Die teilnehmenden Regionen einigten sich darüber hinaus auf D115-Service- und Qualitätsstandards, ebenso konnten mit den Telefonanbietern die Gebühren für einen Anruf bei 115 geregelt werden. Nicht zuletzt entwickelte die zentrale Projektgruppe – die die Klammer über alle dezentralen Aktivitäten bildet, sie koordiniert und notwendige

Rahmenparameter und Standards setzt – ein Rahmenkonzept für eine bundesweite Einführungskampagne und die mittelfristige Kommunikation.

Die Einführung der 115 ist ein gutes Beispiel für ressort- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung bei einem Großprojekt. Das Projekt wächst von unten nach oben: Kommunen, Länder und Bund gestalten D115 gemeinsam. Die Beteiligten tauschen Wissen und Erfahrungen aus, um die beste Lösung zu realisieren.

Intranetportal des Bundes

Zur Behördenleitungstagung 2008 am 29. und 30. September 2008 ging das neue Intranetportal des Bundes online. Das Mitarbeiterportal der Bundesverwaltung für nicht-öffentliche behördenübergreifende Informationen und Angebote wurde zuvor einem umfangreichen Relaunch unterzogen. In neuem Design und mit optimierter Struktur werden nun Recherche und Navigation, Kommunikation und Wissensmanagement erleichtert. Das neue Intranetportal des Bundes soll sich zum zentralen Einstiegspunkt in die Informationsangebote und das bestehende Wissen der über 400 Bundesbehörden entwickeln. Das erfordert ein aktives Mitwirken der einzelnen Behörden. Dienste, Angebote, Termine, Datenbanken, Dokumente, Links – diese und andere Informationen werden auf dem Intranetportal eingestellt und somit von allen Beschäftigten der Bundesbehörden gewinnbringend genutzt.

IDEMA

Eine allgemein verständliche Verwaltungssprache gehört zu einer modernen Behörde. Die Bundesverwaltung hat daher im April 2008 begonnen, mit dem Internetdienst für eine moderne Amtssprache (IDEMA) der Ruhr-Universität Bochum zusammenarbeiten. Ziel ist es, eine bürgernahe, verständliche Sprache im Verwaltungsalltag zu fördern. Aufträge für IDEMA kamen aus dem BMI, dem Auswärtigen Amt, BMF, BMJ sowie deren nachgeordneten Behörden. Die überarbeiteten Texte und Textbausteine stehen allen Beschäftigten der Bundesverwaltung in einer Datenbank zur Verfügung. Die Zusammenarbeit mit dem IDEMA-Team wurde zunächst auf ein Jahr begrenzt. Das Bundesministerium des Innern koordiniert die Anfragen aus den Ressorts und finanziert ein Jahr lang das Projekt für alle Bundesbehörden. Eine Fortsetzung der Zusammenarbeit wird angestrebt.

IT-gestützte Haushaltsaufstellung

Im Geschäftsbereich des BMI befasst sich eine Projektgruppe mit der softwaregestützten Bearbeitung des Haushaltsvoranschlags. Sie testet die IT-gestützte Haushaltsplanaufstellung. Es geht darum, den Haushaltsvoranschlag nach der Aufstellung

zwischen den nachgeordneten Behörden und dem BMI digital auszutauschen. Im nächsten Schritt soll die digitale Übergabe des Haushaltsvoranschlags an das BMF geprüft werden.

Aufgabenkritik

Die ständige Überprüfung der Aufgaben und der Aufgabenwahrnehmung ist in allen Ressorts Dreh- und Angelpunkt der Verwaltungsmodernisierung. Mit der Aufgabenkritik wird auf Basis der gesetzlichen Vorgaben und strategischen Ziele der Behörden überprüft und festgelegt, welche Aufgaben künftig in welcher Art und Weise wahrgenommen werden sollen.

Zahlreiche Projekte, wie Messung und Abbau von Bürokratiekosten mit dem Standardkosten-Modell, Auf- und Ausbau von Dienstleistungszentren, Optimierung des Beschaffungswesens sowie Einführung einer einheitlichen Behördenrufnummer 115 führen zu einer effektiveren und effizienteren Aufgabenwahrnehmung.

5.2 Weiterentwicklung 2009

2009 ist ein Schlüsseljahr für das Projekt Auf- und Ausbau von Dienstleistungszentren in den Bereichen Personal, Haushalt und Beschaffung: Alle Bundesministerien und deren Geschäftsbereiche sollen laut Beschluss der Bundesregierung bis spätestens 31. Dezember 2009 bestimmte Querschnittsaufgaben auf Dienstleistungszentren (DLZ) übertragen können. Dafür müssen im Laufe des Jahres alle Voraussetzungen geschaffen und die erforderlichen Maßnahmen abgeschlossen werden. Im April 2009 ist dazu ein Zwischenbericht geplant.

Im Jahr 2009 soll die Projektphase 3 „Feinplanung & Umsetzung der Maßnahmen“ beendet werden. Parallel wird bereits die Phase 4 „Stabilisierung“ eingeleitet: Ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess – unterstützt durch Benchmarking – und ein zentrales Controlling sollen von Anfang an die Realisierung von DLZ-Modellen begleiten und unterstützen. Darüber hinaus wird ein Erfahrungsaustausch initiiert.

Beim Projekt D115 ist am 24. März 2009 der zweijährige Pilotbetrieb zur Erprobung der einheitlichen Behördenrufnummer zunächst in Modellregionen gestartet worden: Rund 10 Millionen Einwohnern in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, in zahlreichen Städten, Gemeinden und Kreisen in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen erhalten unter der 115 direkt, einfach und schnell Auskünfte zu Leistungen der öffentlichen Verwaltung, beispielsweise zu Zuständigkeiten, Öffnungszeiten, Gebühren oder benötigten Unterlagen. In einer ersten Stufe können Fragen zu etwa 100 kommunalen Leistungen und zu jeweils 25 Leistungen der Bundesverwaltung und der Landesverwaltungen sofort beantwortet werden.

An die 115 können sich Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen wenden, egal ob Behörden oder Dienststellen des Bundes, der Länder oder der Kommunen zuständig sind. Die Infrastruktur dafür wird durch Vernetzung bestehender Servicecenter geschaffen. Ziel

des zweijährigen Pilotbetriebes ist es, die Qualität und das Leistungsangebot von D115 weiter auszubauen. Fragen, die in der ersten Stufe des Pilotbetriebs noch nicht beantwortet werden konnten, fließen in das Wissensmanagementsystem ein. Technische und organisatorische Herausforderungen werden analysiert und fortlaufend angepasst.

Eng mit D115 verbunden ist das im Juni 2008 aufgenommene Projekt Bürgerservice-Zentrum (BSZ) für das BMI und seinen Geschäftsbereich. Seit Januar 2009 werden im ersten Schritt die Telefonzentralen der beteiligten Behörden zusammengeschaltet. Im weiteren Prozess sollen der Ausbau dieses Kommunikationszentrums zu einem Bürgerservice-Zentrum mit Mehrkanalzugang für Bürgeranfragen und die Einbeziehung weiterer Geschäftsbereichsbehörden geprüft werden. Das BSZ nimmt auch am Test- und Pilotbetrieb des Projekts D115 teil.

Eine herausragende Rolle spielt auch 2009 der weitere Ausbau des Informations- und Wissensmanagements in der Bundesverwaltung. Wissen muss gebündelt und möglichst allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einfach und schnell zugänglich gemacht werden. Dafür werden 2009 das Intranetportal des Bundes weiter ausgebaut, das Mitarbeiterportal OfficeNet stärker als Wissensmanagementsystem für die Verwaltung verankert sowie die Neuausschreibung des Informations- und Bibliotheksportals des Bundes vorbereitet. Es wird den Zugang aller Beschäftigten zu einem umfassenden und qualifizierten Informations- und Dienstleistungsportfolio wesentlich verbessern. Diese Maßnahmen verbessern den Informationsstand und die Kommunikation der Beschäftigten und erleichtern die Recherche.

In diesem Kontext der Weiterentwicklung stehen auch das elektronische Dokumenten-Management und die elektronische Vorgangsbearbeitung. Das Organisationskonzept sowie der Anforderungskatalog werden 2009 im Hinblick auf veränderte Rahmenbedingungen fortgeschrieben und modularisiert. Erste Vorarbeiten fanden 2008 statt.

6. Handlungsfeld Internationale Kooperationsfähigkeit

6.1 Fortschritte 2008

Personalbeurteilung

Das BMI hat in Zusammenarbeit mit dem interministeriellen Ausschuss für das deutsche Personal bei der EU und internationalen Organisationen 2008 die Studie „Die Personalbeurteilung in internationalen Organisationen als Bezugsgrundlage für eine Verbesserung des deutschen Personalanteils“ aktualisiert und um die Entwicklung und Erprobung von Methoden leistungsbezogener Beurteilungen erweitert. Die Studie steht 2009 allen Interessenten zur Verfügung.

European Public Sector Award

Die Bertelsmann Stiftung, die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und die European Group of Public Administration sowie die Partnerstaaten Österreich, Schweiz und Deutschland haben 2008 die alleinige Trägerschaft und Durchführung des EPSA-Wettbewerbs dem Europäischen Institut für Öffentliche Verwaltung (European Institute of Public Administration – EIPA) übertragen. Inzwischen unterstützen fünfzehn europäische Staaten gemeinsam mit der EU-Kommission den Wettbewerb. EPSA 2009 wurde auf der 5. Internationalen Qualitätskonferenz der europäischen Verwaltungen im Oktober 2008 in Paris eröffnet.

6.2 Weiterentwicklung 2009

Die Bewerbungsfrist für den European Public Sector Awards 2009 endet im April 2009. Die Preisverleihung wird am 5. und 6. November 2009 im niederländischen Maastricht im Rahmen einer Konferenz über innovative Verwaltungslösungen stattfinden. Der EPSA schafft eine Plattform, auf der die öffentlichen Verwaltungen Europas sich mit ihren Leistungen darstellen können und anderen so als Beispiel dienen.

Die Bundesrepublik Deutschland stellt sich 2009 dem internationalen Leistungsvergleich zur Rechtsetzung. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) führt im Auftrag der EU eine Studie „Better Regulation in Europe: an OECD Assessment of Regulatory Capacity in 15 Member States“ über die Regelungstätigkeit aller staatlichen Ebenen wie auch den Rechtsvollzug in 15 EU-Mitgliedsstaaten durch. Ziel ist es, den Stand im Bereich der besseren Rechtsetzung in den 15 Mitgliedstaaten zu ermitteln, Trends zu beschreiben und Lücken zu identifizieren, die die Mitgliedstaaten im Vergleich zu

bewährten Verfahrensweisen zur besseren Rechtsetzung in der Europäischen Union aufweisen. Das BMI ist Koordinator für die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland.

Ferner führt die OECD die Studie „Government at a Glance – Verwaltungshandeln auf einen Blick“ durch. Sie soll Informationen zu den Auswirkungen und zum Einfluss von Reformprogrammen im öffentlichen Sektor geben. Das BMI koordiniert den deutschen Beitrag. Die Studie soll voraussichtlich Ende 2009 veröffentlicht werden.

7. Begleitende Veranstaltungen und Informationen

Ziele, Maßnahmen und Fortschritte des Regierungsprogramms Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen wurden 2008 auf zahlreichen Veranstaltungen diskutiert und im Internet unter www.verwaltung-innovativ.de präsentiert. Im Folgenden werden die Ergebnisse herausragender Veranstaltungen kurz vorgestellt:

Rahmenvertrag mit der Hertie School of Governance in Berlin

Das Fortbildungsangebot für den Führungskräftenachwuchs der Bundesverwaltung wurde 2008 durch einen berufsbegleitenden Studiengang „Executive Master of Public Management“ an der Hertie School of Governance (HSoG) in Berlin erweitert. Bundesinnenminister Dr. Schäuble unterzeichnete am 5. März 2008 einen entsprechenden Rahmenvertrag. Der Masterstudiengang wurde zusammen mit der Universität Potsdam entwickelt. Er vermittelt besonders befähigten Nachwuchsführungskräften aus der Verwaltung des Bundes und der Länder sowie aus der Privatwirtschaft die Grundlagen modernen Managements, strategische Steuerung, internationale Entscheidungsprozesse und EU-Governance, aber auch Führungskompetenz und Führungsqualifikation. Das Studium soll besonders eine Juristen- oder Ökonomenausbildung ergänzen. Einen großen Vorteil für die Bundesverwaltung bietet die Möglichkeit, das international ausgerichtete Studium entweder berufsbegleitend innerhalb von zwei Jahren oder als einjähriges Vollzeitstudium zu absolvieren. Im September 2008 nahmen die ersten elf Nachwuchsführungskräfte ihr Studium auf. Innerhalb von drei Studienjahren sollen insgesamt dreißig Studierende aus der Bundesverwaltung zur HSoG entsandt werden, um den Executive Master of Public Management zu erlangen.

Behördenleitungstagung des Bundes

Auf Einladung des Bundesinnenministers Dr. Wolfgang Schäuble trafen sich am 29. und 30. September rund 160 Führungspersönlichkeiten der Bundesverwaltung, darunter Staatssekretäre und Abteilungsleiter der Ministerien sowie Behördenleiterinnen und -leiter des Bundes aus insgesamt 110 Bundesbehörden aller Ressorts, zur diesjährigen Behördenleitungstagung. Die Tagung ist das zentrale Forum für den Informations- und Wissensaustausch der oberen Führungskräfte der Bundesverwaltung zu Fragen der Verwaltungsmodernisierung. Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble sprach zu Beginn der Tagung über die Aufgaben der Verwaltungsmodernisierung unter sich stetig ändernden Bedingungen. Er betonte die Notwendigkeit von Reformen und hob dabei die Rolle der Führungskräfte hervor. Er rief die Führungskräfte auf, sich um die Entwicklung ihrer

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu kümmern und ihnen den notwendigen Freiraum für ihre Fortbildung zu geben.

Unter dem Motto „Entscheidungen treffen – Zukunft gestalten“ kombinierte die Behördenleitungstagung in diesem Jahr fünf Fachforen zu Schwerpunktthemen der Verwaltungsmodernisierung: Change Management, Steuerung; Dienstleistungszentren in der Praxis; IT-Steuerung des Bundes/E-Government und neue Wege mit der „Partnerschaften Deutschland“. Ergänzt wurden die Foren um eine Podiumsdiskussion und Infostände mit innovativen Projekten und Produkten ausgewählter Behörden: D115 Einheitliche Behördenrufnummer, Fernausbildungskonzept der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg; das neue Kundenmanagementsystem bei Destatis; das neue Fortbildungsangebot „IT-Projektmanagement“ der BAKöV sowie der Internet-Dienst für eine moderne Amtssprache IDEMA. Nicht zuletzt ging zur Behördenleitungstagung 2008 am 30. September 2008 das neue Intranetportal des Bundes online.

Messe MODERNER STAAT

Die 11. Messe Moderner Staat 2008 mit dem BMI als Partner und Schirmherrn stieß am 4. und 5. November 2008 auf dem Messegelände Berlin auf große Resonanz. BMI, BVA, BeschA und BAKöV konnten gemeinsam zeigen, wie die Bundesverwaltung durch eine wirkungsvolle Verbindung von Binnenmodernisierung, E-Government und Bürokratieabbau den steigenden Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen an Qualität, Service und Effizienz der Verwaltungsleistungen gerecht wird. Über die Fortschritte in der Umsetzung des Regierungsprogramms „Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen“ einschließlich des Programms E-Government 2.0 konnten sich Interessierte in den Foren und am Messestand des BMI umfassend unterrichten. Präsentiert und diskutiert wurden insbesondere Projekte aus den Bereichen Personalmanagement, Personalentwicklung, strategische Steuerung und Qualitätsmanagement, Bündelung von standardisierbaren Querschnitts- sowie Unterstützungsaufgaben in Dienstleistungszentren, Weiterentwicklung des Informations- und Wissensmanagements sowie D115 Einheitliche Behördenrufnummer, bürgerfreundliche Verwaltungssprache und E-Government. Weitere Schwerpunkte waren die EG-Dienstleistungsrichtlinie, die neue IT-Steuerung des Bundes und Bürokratieabbau.

Die Messe hat ihr Ziel, Expertinnen und Experten kompakt und konzentriert zu informieren und Kommunikations- sowie Austauschgelegenheiten zu bieten, erneut erreicht.

Im Rahmen der Messe zeichnete Staatssekretär Dr. Hans Bernhard Beus als Schirmherr des Wettbewerbs „**Shared Services – Die besten Dienstleistungszentren in der öffentlichen Verwaltung**“ die Sieger aus: In der Kategorie „Bestes Konzept“ erhielt das Logistik Zentrum Niedersachsen den Award. In der Kategorie „Beste Umsetzung“ teilten sich drei

Siegerprojekte den ersten Platz: das IT-Dienstleistungszentrum Berlin mit dem Berlin-Telefon, der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit dem Projekt „Zentrale Einkaufskoordination“ sowie der IT-Dienstleister Dataport aus Schleswig-Holstein als Erfolgsbeispiel für eine horizontale wie vertikale Verwaltungskooperation. Der „Shared Services Award“ wird jährlich von SAP Deutschland ausgelobt und verfolgt das Ziel, innovative Ideen und Konzepte zur Verwaltungsmodernisierung zu prämiieren und bekannt zu machen. Durch die Präsentation erfolgreich umgesetzter Konzepte gibt der Wettbewerb Impulse für die Realisierung von Dienstleistungszentren und wird deshalb vom BMI unterstützt.

5. Internationale Qualitätskonferenz der öffentlichen Verwaltung in Paris

Ein wirksames Qualitätsmanagement ist bei Bund, Ländern und Kommunen ein wichtiges Instrument, um Effektivität und Kundenorientierung der behördlichen Leistungen nachhaltig zu verbessern. Den unmittelbaren Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern haben vor allem die Kommunalverwaltungen. Auf der 5. Internationalen Qualitätskonferenz für öffentliche Verwaltung vom 20. bis 22. Oktober 2008 in Paris war Deutschland deshalb mit Präsentationen der Städte Solingen und Dortmund sowie des Landkreises Osnabrück vertreten. In Gesprächsrunden stellten sich auf der Konferenz der Bürgerhaushalt Köln, die Bürgerinitiative Brieselang und das Land Hessen mit ihren Initiativen vor.

Ideenkonferenz „Ideen machen Zukunft“

Unter dem Motto „Ideen machen Zukunft“ trafen sich am 29. und 30. Oktober 2008 rund 120 Ideenmanagerinnen und -manager aus Bundes- und Landesverwaltungen sowie aus der Wirtschaft in Berlin zur ersten Ideenkonferenz für die öffentliche Verwaltung. Die Veranstaltung wurde vom Bundesministerium des Innern in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Betriebswirtschaft (dib), der Dachorganisation für das Ideenmanagement in Deutschland, organisiert und durchgeführt. Vertreter der Bundeswehr, der Bundespolizei und des Bundesamtes für Zivildienst stellten ihre Ideenprogramme vor – erfolgreiche Beispiele aus der Praxis für die Praxis. Führungskräfte und Ideenmanager aus Großunternehmen und einer Berufsgenossenschaft berichteten von ihren Erfahrungen und zeigten ganz unterschiedliche, aber erfolgreiche Ideenmanagementmodelle. Weitere Anregungen erhielten die Konferenzteilnehmer zur Umsetzung eines Ideenmanagements, zur Rolle der Führungskräfte bzw. der Gutachter und zur Öffentlichkeitsarbeit. Die Konferenz bot vielfältige Möglichkeiten, um die Probleme der täglichen Arbeit und die Erfolgsfaktoren zu diskutieren sowie Erfahrungen auszutauschen.

Über 80 Experten und Interessenten aus Bundes- und Landesbehörden, aus Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten am 15. und 16. September 2008 beim „Strategiedialog 2008“ Modelle und Instrumente strategischer Steuerung in Regierungszentralen, Ministerien und Geschäftsbereichsbehörden. Das BMI hatte gemeinsam mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer zu dieser Veranstaltung eingeladen. Es wurden Erfahrungen für eine bessere interne und ressortübergreifende Steuerung von Bundes- und Landesbehörden ausgetauscht und einzelne Projekte zu Instrumenten der strategischen Steuerung vorgestellt, beispielsweise zur Evaluation oder zur Fachaufsicht.

Informationsplattform www.verwaltung-innovativ.de

Über die Umsetzung des Regierungsprogramms, Projekte, Veranstaltungen und Initiativen im Bereich der Verwaltungsmodernisierung berichtete das BMI 2008 in über 1200 Artikeln und Dokumenten auf der Website www.verwaltung-innovativ.de und stellte eine Reihe von Handlungsempfehlungen und Leitfäden online. 2008 wurden elf elektronische Newsletter an monatlich 5.857 Abonentinnen und Abonnenten versandt. Insgesamt verzeichnete die Website 2008 über 65.000 Besucher und über 5,4 Millionen Zugriffe.

II. Modernisierungsprojekte

1. Handlungsfeld Personal

Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung hängt wesentlich von der Kompetenz und dem Engagement ihrer Beschäftigten ab. Stellenabbau, technologischer Wandel und steigende Erwartungen der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger stellen hohe Anforderungen an die Beschäftigten und das strategische Personalmanagement. Aufgrund der demografischen Entwicklung muss sich die Verwaltung zudem auf einen kontinuierlichen Anstieg des Durchschnittsalters der Beschäftigten und ein altersbedingtes Ausscheiden von 35 % des Personals in den nächsten zehn Jahren einstellen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind durch geeignete Personalentwicklungsmaßnahmen konsequent auf neue Anforderungen am Arbeitsplatz vorzubereiten. So erfordern der Umgang mit neuer Technik und die Internationalisierung der Verwaltungsarbeit neue Kompetenzen. Wer mit den Entwicklungen Schritt halten will, muss zum lebenslangen Lernen bereit sein und dazu geeignete Angebote vorfinden. Effektivität und Effizienz der Fortbildung in der Bundesverwaltung müssen verbessert werden.

Personalentwicklung muss künftig stärker als herausragende Führungsaufgabe wahrgenommen werden. Personalführungsinstrumente wie Mitarbeitergespräche, Zielvereinbarungen und Beurteilungen sollen den Führungsalltag prägen. Den Führungskräften muss durch gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen das notwendige Rüstzeug an die Hand gegeben werden.

Über die Einzelheiten und die weiteren Ziele und Maßnahmen 2009 geben die folgenden Projektberichte Auskunft.

1.1 Führungskräfteentwicklung

Handlungsfeld: Personal

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Anforderungsgerechter Personaleinsatz - gezielte individuelle Personalentwicklung - passgenaue Fortbildung - Hinweis auf zukünftigen qualitativen Personalbedarf
Zielgruppe(n):	<ul style="list-style-type: none"> - Führungskräfte in der Bundesverwaltung - Beschäftigte der Personalreferate und BaköV
Beteiligte Ressorts:	BMI, AA, BMF, BMJ, BMG, BMFSFJ, BMBF, BMAS
Projektbeschreibung:	Die Anforderungen an Führungskräfte variieren erheblich. Auch die Führungskräfte selbst unterscheiden sich nach Eigenschaften, Fähigkeiten und Qualifikation. Entscheidungen über Personalentwicklungsmaßnahmen (z. B. Personalauswahl, Fortbildung) verlangen genaue Kenntnis der Anforderungsprofile. Für diese Anforderungsprofile sollen strukturierte Checklisten erstellt werden, deren einzelne Elemente am konkreten Arbeitsplatz zu gewichten sind. Diese Daten sollen Grundlage für weitere Personalentwicklungsmaßnahmen sein.
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Erarbeitung einer Handreichung mit Instrumentarien zur Unterstützung des Prozesses der Erstellung und Nutzung von Anforderungsprofilen - Erarbeitung einer IT-unterstützten Anwendungshilfe als Umsetzungsunterstützung der Instrumentarien
Maßnahmen 2009:	<ul style="list-style-type: none"> - Veröffentlichung der Handreichung und Anwendungshilfe (Q 1/2009) - Ausweitung des Abgleichs von Anforderungsprofilen von Dienstposten und vorhandenen Kompetenzen in ausgewählten Bundesbehörden
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	Wenn eine Verknüpfung mit Bildungscontrolling möglich ist, Erarbeitung einer quantitativen und qualitativen Bedarfsanalyse für Fortbildungsmaßnahmen und in Fortsetzung dessen Festlegung individueller Personalentwicklungsmaßnahmen.

1.2 Personalplanung

Handlungsfeld: Personal

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung einer Personalplanung, die individuelle Laufbahnentwicklung und Personalplanung optimiert (AA Zentrale und Auslandsvertretungen) - vereinfachte Identifizierung von Beschäftigten mit besonderem Potential (beispielsweise für gezielten Einsatz in internationalen Organisationen) - Gewinnung von Ressourcen (z. B. für den Einsatz in der Personalentwicklung) durch Beschleunigung von Arbeitsabläufen innerhalb der Personalplanung und durch Reduzierung des Verwaltungsaufwands der Mitarbeiterprofile (Employee-Self-Service) - Verbesserung der systematischen und kontinuierlichen individualisierten Personalentwicklung - schnelleres bzw. vereinfachtes Identifizieren von geeignetem Personal zum Einsatz in Krisensituationen - verbesserte Übersicht über das in Arbeitseinheiten und Auslandsvertretungen erforderliche Spektrum an Skills (Ausbildung und Vorkenntnisse, regionale und fachliche Erfahrungen)
Zielgruppe(n):	Personalplaner und -entwickler, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Employee-Self-Service)
Beteiligte Ressorts:	AA
Projektbeschreibung:	<p>Zur Umsetzung der Formel „die richtige Person für den richtigen Platz finden“ wird ein Skillmanagementsystem mit einer Arbeitsplatzdatenbank eingeführt. Der Aufbau eines Skillmanagementsystems ermöglicht eine vergleichende Auswertung von Mitarbeiterprofilen (Ausbildung und Vorkenntnisse, regionale und fachliche Erfahrungen, Daten zu Familie und Gesundheit, Schulungsbedarf, Posten- und Qualifizierungswünsche) und deren Vernetzung mit den Profilen von vorhandenen Arbeitsplätzen im Inland und Ausland sowie bei internationalen Organisationen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in die Lage versetzt, die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit des eigenen Profils zu übernehmen. Darüber reduziert sich der</p>

	Verwaltungsaufwand und erhöht sich die Motivation, aktiv an der optimalen Personalentwicklung und -planung mitzuwirken.
Projektfortschritte 2008:	Einführung Produkt EWiTa, speziell der Bereich Employee-Self-Service
Maßnahmen 2009:	Einführung der Planungsmodule für die Personalplanungsreferate
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau des Skillmanagementsystems mit <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vernetzung mit Arbeitsplatzdatenbank ▪ Modul zum Fortbildungsmanagement sowie zur gezielten Personalentwicklung - Prüfung der Übertragbarkeit auf andere Ressorts <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erster fachlicher Austausch auf Ressortebene im Rahmen einer Präsentation der Software EWiTa ▪ Prüfung technischer Voraussetzungen für einen Einsatz der Software in andere Behörden

1.3 Bildungscontrolling

Handlungsfeld: Personal

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Bestandsaufnahme der Fortbildungsarbeit - künftige Anforderungen an die Fortbildung - Optimierungsvorschläge zu Weiterentwicklung der Methoden und Lernwege sowie der Organisation und Steuerung der Fortbildung - Sicherung der Qualität und Wirtschaftlichkeit der Fortbildungsarbeit in der Bundesverwaltung
Zielgruppe(n):	Einrichtungen und Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung, soweit sie Fortbildungen anbieten, organisieren oder durchführen, sowie die Fortbildungsverantwortlichen und die Führungskräfte in den Bundesbehörden.
Beteiligte Ressorts:	BMI (BAkÖV), BMVg, BMF, BMBF, BMWi, BMAS
Projektbeschreibung:	Auf der Basis einer Bestandserhebung der Fortbildungsarbeit der Bildungseinrichtungen und der Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung und unter Berücksichtigung der sich – entsprechend der Entwicklungen und Tendenzen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft - wandelnden äußeren Rahmenbedingungen ist ein Konzept zur Verbesserung der Planung, Steuerung und Kontrolle der Fortbildungsaktivitäten in der Bundesverwaltung zu entwickeln, um sowohl in inhaltlicher als auch in organisatorischer Hinsicht den Anforderungen der Verwaltung der Zukunft gerecht werden zu können.
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Es wurde ein Abschlussbericht mit fünf Materialbänden (Trendanalyse, Bestandsaufnahme, Dokumentation des Fachkongresses Bildungscontrolling, kennzahlenbasiertes Fortbildungscontrolling, Curriculum Fortbildungsberatung) erstellt. - Der Lenkungsausschuss hat dem Abschlussbericht und den darin enthaltenen Empfehlungen zur Verbesserung der Qualität, Effektivität und Effizienz der dienstlichen Fortbildung in seiner letzten Sitzung am 30.10.2008 zugestimmt. - Damit ist das Projekt abgeschlossen.
Maßnahmen 2009 ff.	Einrichtung eines interministeriellen Koordinierungsgremiums zur

	<p>Koordination der Umsetzungsmaßnahmen (Initiator: BMI/BAköV) am 26.02.2009 und dort Prüfung und einvernehmliche Entscheidung über die sukzessive Umsetzung der Empfehlungen der Projektgruppe in den Behörden und Fortbildungseinrichtungen des Bundes (Verantwortung liegt bei den jeweiligen Ressorts)</p>
--	--

1.4 E-Learning

Handlungsfeld: Personal

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Verzahnung von Arbeit und Lernen systematisieren - einfachere Fortbildungsteilnahme von Telearbeits- und Teilzeitkräften ermöglichen - Möglichkeiten für selbst gesteuerte (Online)-Lerngruppen und so genannter „Community of Practice“ ausbauen - Standardisierung des Verwaltungshandelns durch Pflichtkurse verbessern - stärkere Nutzung der bestehenden Angebote erreichen (z. B. durch gezielte Werbemaßnahmen) - E-Learning-Angebote erweitern - Verwendung einer übergreifenden einheitlichen Lernplattform für alle Ressorts sichern - Nachhaltigkeit und Akzeptanz der Fortbildung sichern
Zielgruppe(n):	Alle Beschäftigten der Bundesverwaltung
Beteiligte Ressorts:	BMI (BAköV), BMVg
Projektbeschreibung:	<p>Mit der verstärkten Nutzung multimedialer Lernformen und neuer Kollaborationsmöglichkeiten (z. B. in direkten Onlinelernpartnerschaften) soll die dienstliche Aus-/Fort- und Weiterbildung zu einem permanenten, eng mit der Arbeit verzahnten, ständig aus der Praxis hervorgehenden und wieder in sie einfließenden Prozess umgestaltet werden. Voraussetzung dafür ist eine langfristige Änderung der Arbeits- und Lernkultur in den Behörden, die bis zur Bildung von ressortübergreifenden selbst gesteuerten Lerngruppen geht. Deswegen müssen für alle am Bildungsprozess Beteiligten (Aus-/Fort- und Weiterzubildende, Vorgesetzte, Aus-/Fort- und Weiterbildungsverantwortliche, Personalentwickler, Organisatoren, Aus-/Fort- und Weiterbildungsanbieter, Informationstechniker und Personalräte) neue Rollen und Aufgaben definiert und die dafür notwendigen Kompetenzen (z. B. als Teletutoren) erworben werden. Das Projekt wird deshalb Wege aufzeigen, wie, aufbauend auf den bewährten Lernpfaden, neue multimediale Lernformen in der Verwaltung systematisch genutzt werden können. Dazu gehört die Ermittlung von Veränderungsbarrieren, gekoppelt mit Lösungsvorschlägen für</p>

	<p>die Unterstützung der neuen, technologiegestützten Lernformen, und die Konzeption und Umsetzung einer akzeptanzorientierten Implementierungsstrategie, die alle Beteiligten mit einbezieht.</p>
<p>Projektfortschritte 2008:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Arbeitshilfe zum Zuwendungsrecht ist in den Echtbetrieb gegangen. - Die Basistexte für die Arbeitshilfen zur Korruptionsprävention und zur Vorgangsbearbeitung sind fertig gestellt. - Die Lernprogramme zu MS-Office 2003 werden voraussichtlich im Dezember 2008 mit einem erweiterten Funktionsumfang aktualisiert.
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Das Lernprogramm zum TvöD soll in der ersten Jahreshälfte 2009 auf die Lernplattform genommen werden. - Das Informationssystem zur Korruptionsprävention soll bis Ende 2009 fertig gestellt sein. - Die Arbeitshilfe zur Vorgangsbearbeitung soll bis Ende 2009 fertig gestellt sein. - Das Informationssystem zum Internetrecht soll 2009 ausgeschrieben werden. - Die Arbeiten zur Arbeitshilfe zum Vergaberecht werden – abhängig von den Fortschritten der Vergaberechtsnovellierung – 2009 aufgenommen.
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - ressortübergreifender Erfahrungsaustausch zu den Piloten und Durchführung weiterer Projekte - Integration von E-Learning in Fortbildungsplänen der Behörden - Ausbau von E-Learning als Bestandteil von Wissensmanagementsystemen der Behörden - Einrichtung eines gemeinsamen Fortbildungsportals aller Fortbildungseinrichtungen des Bundes

1.5 Systematische betriebliche Gesundheitsförderung im unmittelbaren Bundesdienst

Handlungsfeld: Personal

Ziel/Nutzen:	Stärkung der personellen Ressourcen (Beschäftigungsfähigkeit) verbunden mit Kosteneinsparungen
Zielgruppe(n):	Unmittelbarer Bundesdienst
Beteiligte Ressorts:	BMI , alle Ressorts
Projektbeschreibung:	<p>Das BMI intensiviert seine Initiativen zur ressortweiten Einführung einer systematischen, längerfristig angelegten und evaluierbaren betrieblichen Gesundheitsförderung als Bestandteil der Personal- und Organisationsentwicklung. Insbesondere auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Erhalts der Attraktivität des Bundesdienstes ist die Gesundheit und damit die Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig und auf Dauer angelegt zu fördern. Die besonderen Bedürfnisse der unterschiedlichen Mitarbeitergruppen und der Frauen und Männer sind dabei angemessen zu berücksichtigen. Die Kompetenz und Sensibilisierung der Führungskräfte für Fragen der betrieblichen Gesundheitsförderung wird durch Fortbildungsmaßnahmen weiter ausgebaut.</p> <p>Angesichts des vergleichsweise hohen Krankenstandes soll die Gesundheitsförderung auch zu einer Verminderung des Krankenstandes führen. Die fortschreitende Einführung und Konsolidierung der betrieblichen Gesundheitsförderung wird über die Erhebung zum jährlichen Krankenstands- und Gesundheitsförderungsbericht evaluiert. Sie wird zugleich Teil der jährlichen Berichterstattung an das Kabinett zum Stand der Umsetzung und zur Weiterentwicklung des Regierungsprogramms „Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen“.</p>
Projektfortschritte 2008	<ul style="list-style-type: none"> - Staatssekretärs-Runde, Runde der Abteilungsleiter Z und regelmäßige Ressortbesprechungen, u.a. Organisationsgeneralisten und Personalentwickler - Gespräche mit den Gewerkschaften über die Förderung des Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung - Unternehmensgespräche mit

	<p>Ressorts/Geschäftsbereichsbehörden</p> <ul style="list-style-type: none"> - Informationskampagne; Ausbau der Informationsplattform des Bundes (Best-Practice-Beispiele und Präventionsmaßnahmen des Arbeitgebers/Dienstherrn) - Beginn der Einführung der Altersstandardisierung im Krankenstand ab Berichtsjahr 2007 - Veröffentlichung 2008 – als Benchmark-Grundlage mit den Daten der GKV - Fortbildungsangebote durch BAKöV und Unfallkasse des Bundes (fortlaufend) - Entwicklung von Evaluationskriterien (Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität) für den Bund durch die Unfallkasse des Bundes einschließlich Pilotierung - „10 Gebote zur Gesundheit“: Darstellung der Betriebsärzte und Vertrauensärzte des Bundes zu den häufigsten Erkrankungen verbunden mit Präventionshinweisen für Dienstherrn und Beschäftigte - Erarbeitung einer Muster-Mitarbeiter-Befragung durch die Unfallkasse des Bundes
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Staatssekretärs-Runde, Runde der Abteilungsleiter Z und regelmäßige Ressortbesprechungen, u.a. Organisationsgeneralisten und Personalentwickler - Fortführung <ul style="list-style-type: none"> ▪ der Unternehmensgespräche mit Ressorts und Geschäftsbereichsbehörden ▪ Informationskampagne; Fortschreibung und Bewertung der Informationsplattform des Bundes (Best-Practice-Beispiele und Präventionsmaßnahmen des Arbeitgebers/Dienstherrn) ▪ Altersstandardisierung im Krankenstand – als Benchmark-Grundlage mit den Daten der GKV ▪ der Fortbildungsangebote durch BAKöV und Unfallkasse des Bundes (fortlaufend) - Fortentwicklung der Evaluationskriterien (Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität) für den Bund durch die Unfallkasse des Bundes - Pilotierung einer Muster-Mitarbeiter-Befragung durch die

	<p>Unfallkasse des Bundes</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung einer Prüfliste „Gesundheitsmanagement/Gesundheitsförderung“ durch BMI und durch die Unfallkasse des Bundes
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - jährliche Erfassung und Bewertung der Maßnahmen des Krankenstandes und der betrieblichen Gesundheitsförderung im Krankenstands- und Gesundheitsförderungsbericht - Senkung des Krankenstandes mit dem Ziel, sich dem Niveau in der GKV anzunähern (altersstandardisiert) - Benchmark zwischen den Behörden nach Altersstandardisierung

1.6 Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Handlungsfeld: Personal

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - kontinuierliche Verbesserung der Balance zwischen Familie und Arbeitswelt und Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (z. B. Betreuung von Kindern, Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen) zur Förderung der Motivation - Sicherung einer tragfähigen Balance zwischen Behördeninteressen und Beschäftigtenbelangen - verbesserte Sensibilisierung von Führungskräften zu den Anforderungen und verstärkte Einbindung in die Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen - Verstärkte Impulse für eine familien-, mütter- und väterfreundliche Arbeitswelt
Zielgruppe(n):	Alle Bundesbehörden
Beteiligte Ressorts:	BMFSFJ , AA, BMWi, BMI
Projektbeschreibung:	<p>Systematische Überprüfung der vorhandenen familienfreundlichen Maßnahmen und kontinuierliche Verbesserung einer familienbewussten Personalpolitik, z. B. im Rahmen des audits berufundfamilie®. Das audit berufundfamilie – entwickelt auf Initiative und im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – ist ein Managementinstrument zur Förderung der familienbewussten Personalpolitik, bei dem nicht nur bereits umgesetzte Maßnahmen begutachtet, sondern auch das betriebsindividuelle Entwicklungspotenzial aufgezeigt und weiterführende Zielvorgaben festgelegt werden. Begleitet wird der Audit durch die berufundfamilie gGmbH.</p> <p>Im Rahmen des Projekts werden u. a. folgende Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit in Bezug auf die Ziele geprüft und umgesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - flexible Arbeitszeitregelungen - Teilzeit mit verschiedenen Arbeitszeitmodellen - Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen - Erprobung weiterer Möglichkeiten des mobilen Arbeitens und gleichzeitiger Flexibilisierung des Arbeitsortes - Kinderbetreuungseinrichtungen, z. B. Kindertagesstätte - Eltern-Kind-Büros und/oder „Notelternlisten“

	<ul style="list-style-type: none"> - Pilotprojekt Inhouse-Kinderbetreuung im BMFSFJ - Information der Beschäftigten über die bereits vorhandenen familienfreundlichen Maßnahmen - Sicherstellung, dass bei der Umsetzung der einzelnen Elemente des Personalentwicklungskonzepts und dessen Weiterentwicklung die geschlechtsspezifischen Besonderheiten berücksichtigt, ungewollte unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer vermieden werden und auf diese Weise eine vorurteilsfreie gleichstellungsorientierte Förderung aller Beschäftigten ermöglicht wird - Einführung/Nutzung eines diskriminierungsfreien Beurteilungswesens, so dass weder Teilzeitkräfte benachteiligt noch stereotype Geschlechterrollen festgeschrieben werden - Stärkung der Führungskompetenz und Sensibilisierung der Führungskräfte für das Thema der Vereinbarkeit (s. hierzu auch Projektsteckbrief „Führungskräfteentwicklung“) - Durchführung von Führungskräftefortbildungen - Teilnahme an Fortbildungen in Teilzeit und während der Elternzeit - Maßnahmen zur Wiedereingliederung nach Elternzeit (z.B. Rückkehrerschulungen, Fortbildungsangebote) - Möglichkeiten, Kontakt zur Dienststelle auch während einer Beurlaubung zu halten (z. B. durch Festlegung eines individuellen „Fahrplans für den Wiedereinstieg“ bereits vor Antritt von Mutterschutz oder Elternzeit) - Unterstützungsleistungen bei der Kinderbetreuung im Rahmen von Fortbildungen - Prüfung weiterer Angebote für die Beschäftigten, z.B. Abschluss eines Vertrages mit einem Anbieter von Serviceleistungen (Information, Beratung, Vermittlung) zur Unterstützung bei der Betreuung von Kindern und/oder pflegebedürftigen Angehörigen
<p>Projektfortschritte 2008:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Auf Beschluss des Bundeskabinetts vom August 2008 unterziehen sich alle Bundesministerien, das Bundeskanzleramt sowie das Presse- und Informationsamt

	<p>der Bundesregierung bis Ende 2009 dem audit berufundfamilie® der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Damit setzt die Bundesregierung ein weiteres Signal für mehr Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Schulung aller Führungskräfte gem. § 10 Abs. 4 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Gerichten des Bundes (BGleiG) über Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit wurde weiter fortgeführt. - Im BMFSFJ konnte im Dienstbereich Berlin ein Pilotverfahren zur Einrichtung einer „Mini-Kita“ durchgeführt werden. - Im BMFSFJ konnten die mobilen Arbeitsformen ausgebaut werden, um den Beschäftigten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - alle Bundesministerien, das Bundeskanzleramt sowie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung nehmen an dem audit berufundfamilie teil - Erfahrungsaustausch mit den einzelnen Ressorts zu den geplanten und durchgeführten Maßnahmen im Rahmen des audit berufundfamilie <p>Im BMFSFJ sind vor allem folgende Projekte geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Stärkung der Führungskompetenz und Sensibilisierung der Führungskräfte für Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - die Ermittlung des Bedarfs von Unterstützungsleistungen für Beschäftigte mit sozialen Verpflichtungen, insbesondere bei der Betreuung älterer, chronisch kranker und behinderter Angehöriger. - umfassende Information der Beschäftigten zu den familienfreundlichen Maßnahmen und Angeboten
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung der bereits durchgeführten Maßnahmen - Bedarfsabfrage zur besseren Vereinbarkeit im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Beschäftigtenbefragung - Weiterentwicklung der Arbeitsform „Mobiles Arbeiten“

1.7 Reform Tarifrecht

Handlungsfeld: Personal

Ziel/Nutzen:	<p>Abschluss der Tarifreform des öffentlichen Dienstes für den Bereich des Bundes durch Vereinbarung einer Entgeltordnung und eines Tarifvertrages für zuschlagspflichtige Tätigkeiten.</p> <p>Entgeltordnung: Modernisierung und Neustrukturierung der bisherigen Eingruppierungsmerkmale, verbunden mit einer deutlichen Reduzierung und Flexibilisierung der bislang teilweise sehr speziellen Merkmale.</p> <p>Tarifvertrag (TV) Erschwerniszuschläge Bund: Nähere Ausgestaltung des durch § 19 TVöD vorgegebenen Regelungsrahmens für Tätigkeiten, deren Ausübung mit besonderen Erschwernissen verbunden ist und für die deshalb ein zusätzliches Entgelt gezahlt wird.</p>
Zielgruppe(n):	Tarifbeschäftigte des Bundes
Beteiligte Ressorts:	BMI (Verhandlungsführung), BMF
Projektbeschreibung:	<p>Entgeltordnung: Durch die neue Entgeltordnung sollen die bislang in unterschiedlichen Systemen geregelten Eingruppierungsmerkmale von bisherigen Arbeiter/Arbeiterinnen und Angestellten nach der Integration in die gemeinsame Entgelttabelle des TVöD nun auch inhaltlich zusammengeführt und ihre Anzahl dabei wesentlich reduziert werden. Erforderlich sind zudem die Modernisierung der zum Teil veralteten Tätigkeitsbilder und die Öffnung der Eingruppierungssystematik für neue Anforderungsprofile im öffentlichen Dienst. Die öffentlichen Arbeitgeber Bund und Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) wollen mit den Gewerkschaften ver.di und dbb tarifunion eine diesen Anforderungen entsprechende und – so das Ziel der Arbeitgeber – zugleich kostenneutrale Entgeltordnung aushandeln und mögliche Lösungen vorab in ausgewählten Behörden auf Gerechtigkeit, Praxistauglichkeit und Finanzierbarkeit hin überprüfen.</p>

	<p>TV Erschwerniszuschläge Bund:</p> <p>Durch den TV Erschwerniszuschläge Bund sollen die bislang einschlägigen Regelungen aktualisiert und wesentlich vereinfacht werden. Die Tarifvertragsparteien haben sich im Rahmen der TVöD-Verhandlungen bereits auf die Grundtatbestände zuschlagspflichtiger Tätigkeiten und den Rahmen für die Höhe der Zuschlagsbeträge verständigt. Diese Vorgaben müssen jetzt von den Tarifvertragsparteien im Rahmen weiterer Verhandlungen näher ausgestaltet und in konkrete Zuschlagstatbestände umgesetzt werden.</p>
<p>Projektfortschritte 2008:</p>	<p>Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einer neuen Entgeltordnung mit den Gewerkschaften</p>
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Fortentwicklung des gemeinsamen Arbeitgeberentwurfs mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände - Fortsetzung der inhaltlichen Verhandlungen zu einer neuen Entgeltordnung mit den Gewerkschaften
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Abschluss der Verhandlungen zur neuen Entgeltordnung und zum Tarifvertrag Erschwerniszuschläge - soweit erforderlich: Aufnahme der Tarifverhandlungen betr. Sonderregelungen zur Entgeltordnung für besondere Berufsgruppen einzelner Ressorts - Tarifrrechtliche Begleitung der Ressorts bei der praktischen Umsetzung der neuen Entgeltordnung

1.8 Dienstrechtsneuordnungsgesetz

Handlungsfeld: Personal

Ziel/Nutzen:	<p>Neuordnung und Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts beim Bund auf der Grundlage der föderalen Neuordnung mit dem Ziel,</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Leistungsprinzip auf allen dienstrechtlichen Ebenen zu fördern - die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu stärken - einen flexibleren Personaleinsatz zu ermöglichen und die Mobilität zu verbessern - Chancen und Perspektiven zu eröffnen, um Eigenverantwortung, Motivation und Leistungsbereitschaft der Beschäftigten zu stärken - die Beamtenversorgung ebenso wie die sozialen Sicherungssysteme langfristig zu sichern und die entsprechenden Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der Systeme wirkungsgleich in das Versorgungsrecht des Bundes zu übertragen - zusätzliche aufwendige Bürokratie und Regelungsdichte zu vermeiden - Beibehaltung familienbezogener Besoldungsbestandteile und Erhöhung des Familienzuschlags ab dem dritten Kind
Zielgruppe(n):	<p>Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter des Bundes, Berufssoldatinnen, Berufssoldaten, Soldatinnen auf Zeit und Soldaten auf Zeit sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes</p>
Beteiligte Ressorts:	<p>BMI, alle Ressorts</p>
Projektbeschreibung:	<p>Die rechtlichen Anpassungen im Beamtenstatus-, Besoldungs- und Versorgungsrecht sind mit dem Gesetz zur Neuordnung und Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz) erfolgt.</p> <p>Zu den wesentlichen Neuregelungen gehören:</p> <p>im Bundesbeamtengesetz:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Reform des Laufbahnrechts - stufenweise Anhebung des Pensionseintrittsalters auf

	<p>67 Jahre entsprechend der gesetzlichen Rentenversicherung im Bundesbesoldungsgesetz:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fortentwicklung des Besoldungssystems für Beamte, Soldaten und Richter des Bundes (insbesondere Neugestaltung der einheitlichen Grundgehaltstabelle) - Neustrukturierung des Auslandszuschlags - Erhöhung des Familienzuschlags für dritte und weitere Kinder <p>im Versorgungsrecht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Nachzeichnung der Besoldungsreform - systemgerechter und wirkungsgleicher Nachvollzug der Rentenreform 2004 durch Begrenzung der Berücksichtigung von Ausbildungszeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit - systemgerechter und wirkungsgleicher Nachvollzug des abschlagsfreien Renteneintritts bei 45 Pflichtbeitragsjahren - Abschlagsregelungen für Fälle, die vor Erreichen der künftigen Altersgrenze in den Ruhestand treten
<p>Projektfortschritte 2008:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Abschluss der parlamentarischen Beratungen - Vom Bundestag am 12. November 2008 beschlossen
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Verkündung im Bundesgesetzblatt am 11. Februar 2009. Damit sind wesentliche Teile des Gesetzes am 12. Februar 2009 in Kraft getreten. Die Neugestaltung der Besoldungstabellen tritt zum 1. Juli 2009 in Kraft. - Begleitung der Umsetzung nach Inkrafttreten/ Implementierung - Neufassung/Anpassung verschiedener Rechtsverordnungen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Bundeslaufbahnverordnung und Bundesbeihilfeverordnung (beide in Kraft getreten am 14. Februar 2009), 2. Leistungsstufenverordnung, Leistungsprämien- und -zulagenverordnung (Q 1-2/2009) 3. Umzugskostenverordnung

1.9 Mobiles Arbeiten

Handlungsfeld: Personal

Ziel/Nutzen:	Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes und der Flexibilität der Aufgabenerledigung durch die Einführung von Möglichkeiten des ortsunabhängigen Arbeitens (bei gleichzeitig möglichem Fernzugriff auf eine behördeninterne IT-Infrastruktur), soweit insbesondere arbeitsorganisatorische Gründe, Fragen der IT-Sicherheit, die Arbeitszeitregelungen dem nicht entgegenstehen.
Zielgruppe(n):	Personalreferate, Organisationsreferate
Beteiligte Ressorts:	BMI , alle Ressorts
Projektbeschreibung:	Mobiles Arbeiten ermöglicht eine höhere Flexibilität und Mobilität der Beschäftigten (z.B. bei Dienstreisen). Darüber hinaus wird ein Beitrag zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes geleistet. Das Projekt will diesen Aspekten gerecht werden, organisatorische Grundlagen formulieren und organisatorische Regelungsmöglichkeiten skizzieren, die interessierte Ressorts bei einer Einführung von Formen der mobilen Arbeit unterstützen. Basis bildet eine Abfrage und Analyse der bisher in geringem Umfang vorliegenden Erfahrungen in der Bundesverwaltung, in Landesverwaltungen, Wirtschaft und Wissenschaft.
Maßnahmen 2009:	Entwicklung eines Grundlagenpapiers mit Vorschlägen für organisatorische Regelungsmöglichkeiten für Dienstvereinbarungen
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	<ul style="list-style-type: none"> - Nutzung in den Behörden, soweit jeweils geboten - ggf. Fortentwicklung des Grundlagenpapiers unter Berücksichtigung von Ressortenerfahrungen mit unterschiedlichen Formen des ortsunabhängigen Arbeitens

2. Handlungsfeld Steuerung

Die Steuerung von Aufgaben, Verfahren und Ressourcen stellt gerade in Zeiten des Wandels hohe Anforderungen an Führungskräfte und Organisationen. Ohne Instrumente und Methoden eines modernen Verwaltungsmanagements ist eine strategische Steuerung nicht mehr möglich.

Das Handlungsfeld zielt darauf, die Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit des Verwaltungshandelns in den Ministerien, aber auch in den Geschäftsbereichsbehörden zu erhöhen. Führungskräfte müssen in der Lage sein, Personal- und Finanzressourcen ergebnis-, wirkungsorientiert und zugleich wirtschaftlich zu steuern. Ihre Kompetenzen zur strategischen Steuerung müssen daher gestärkt werden.

Mit einer strategischen Steuerung kann das Verwaltungshandeln wirkungsorientiert gestaltet werden. Die Ressourcen sollen dabei so eingesetzt werden, dass bei den Adressaten der Politik (den Bürgern, den Kunden, den Unternehmen) der größtmögliche Nutzen entsteht. Dafür sollen das Rechnungs- und Haushaltswesen des Bundes modernisiert, das Führen mit Zielvereinbarungen gefördert sowie Projekt- und Qualitätsmanagement und die Fachaufsicht verbessert werden. Die Projekte „Prozessorientierte Organisation“ und „Qualitätsmanagement“ werden 2009 verknüpft.

2.1 Strategische Steuerung

Handlungsfeld: Steuerung

Ziel/Nutzen:	<p>Optimierung der strategisch-politischen Steuerung mit transparenten Zielen für die Organisationseinheiten sowie die Mitarbeiter der Verwaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Steuern über strategische und operative Zielsetzungen in einem integrierten Zielsystem - Verbesserung der Wirkungsmessung (Impact- und Outcome-Steuerung) und passgenauere, entscheidungsrelevante Controlling-Informationen für politische Führung in Bezug auf effektive und effiziente Aufgabenerledigung (Konzept, Implementation, Evaluation) inkl. Aussagen zu Gründen für das Scheitern bisheriger Ansätze - Verbesserung der Kommunikation zwischen politischer Führung und Verwaltung und Ausbau der bedarfsgerechten strategischen Information für die politische Führung
Zielgruppe(n):	politische Führung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Beteiligte Ressorts:	BMI , AA, BMAS, BMBF, BMF, BMVBS, BMELV, BMG, BMJ, BMU, BMVg, BMWi, BMZ, BK
Projektbeschreibung:	<p>Mit dem Projekt sollen bisherige Erfahrungen mit strategischer Steuerung aufgearbeitet, praxisorientierte Konzepte modifiziert oder neu entwickelt und erprobt werden. Die Erfahrungen mit den innovativen Konzepten zur Etablierung der strategischen Steuerung in der Bundesverwaltung werden analysiert und für den weiteren Wissens- und Erfahrungsaustausch dokumentiert und dem Kabinett in geeigneter Weise berichtet.</p> <p>Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse werden sowohl inhaltliche als auch methodische Best-Practice-Ansätze in der Bundesverwaltung herausgearbeitet und anhand von identifizierten Weiterentwicklungspotenzialen ausgebaut. Bei der Weiterentwicklung der strategischen Steuerung sind dabei insbesondere die kritischen Erfolgs- und Misserfolgskriterien aus früheren Vorhaben/Projekten zu beachten.</p> <p>Folgende Projektphasen (mit zentralen Fragestellungen) sind zu unterscheiden:</p> <p>1. Bestandsaufnahme</p>

	<ul style="list-style-type: none"> - Welche Instrumente strategischer Steuerung wurden bisher entwickelt und genutzt? - Welche Erfahrungen liegen vor? (Beschreibung von Erfolgen, Schwierigkeiten, Restriktionen, z.B. Wie verbindlich können politische Ziele formuliert werden?) <p>2. Analyse</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wie erklären sich Erfolg bzw. Misserfolg? (Faktoren) <p>3. Innovationen strategischer Steuerung (Ideenentwicklung und Anpassung bereits erprobter Konzepte)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sammlung und Diskussion von Innovationen (Konzepte, Instrumente, Implementations-Change-Management) unter Berücksichtigung von 1. und 2. - Analyse der Kohärenz der Steuerungskonzepte <p>4. Einbindung der politischen Führung</p> <p>5. Innovationen: Erprobung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erprobung von innovativen Steuerungskonzepten sowie von neuen Wegen der Implementierung auf freiwilliger Basis
<p>Projektfortschritte 2008:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Auf der Basis einer Bestandsaufnahme im informellen Ressortaustausch wurde ein Orientierungsrahmen erarbeitet, der bisherige Erfahrungen mit der strategischen Steuerung aufnimmt und systematisiert. Die Abstimmung des Orientierungsrahmens wird voraussichtlich Anfang 2009 abgeschlossen. - Durchführung des Strategiedialogs 2008. Ziele: Vernetzung der Akteure und Austausch von Erfahrungen
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Veröffentlichung des Orientierungsrahmens strategische Steuerung - Organisation des Erfahrungsaustauschs; Netzworkebildung - Dokumentation von Best-Practice-Projekten zur Förderung des Wissenstransfers
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<p>Ggf. Forschungsauftrag zur strategischen Steuerung. Beispielhafte Frage: Welche Instrumente der strategischen Steuerung passen zu welchem Steuerungsanliegen?</p>

2.2 Qualitätsmanagement

Handlungsfeld: Steuerung

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau des Qualitätsmanagements für eine bessere Leistungsfähigkeit der Bundesverwaltung - Steigerung von Effektivität und Effizienz des Verwaltungshandelns - Einbeziehung der Mitarbeiter in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess - Ausbau und Stärkung des Geschäftsprozessansatzes
Zielgruppe(n):	Führungskräfte, Qualitätssicherer in der Bundesverwaltung
Beteiligte Ressorts/Behörden:	BMI , BMF, BMG, BMJ, BMVBS, BMVg, BAFA, BVA
Projektbeschreibung:	<p>Gerade staatliche Leistungen, die nicht oder kaum im Wettbewerb stehen, sollten einem kontinuierlichen Qualitätssicherungs- und Verbesserungsprozess unterzogen werden. Besonders angesichts äußerst begrenzter Spielräume aller öffentlichen Haushalte und einer stetigen Personalreduzierung in der Bundesverwaltung wird es in Zukunft schwieriger, mit weniger Ressourcen öffentliche Leistungen bereitzustellen, deren Qualität hohen Kriterien von Effizienz, Effektivität und Serviceorientierung genügt.</p> <p>Durch gezielte Maßnahmen sollen Behörden und Beschäftigte der Bundesverwaltung die Möglichkeit erhalten, ihre Kompetenzen in den Bereichen der Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung von Prozessen und Produkten der Verwaltung zu steigern.</p>
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Einbeziehung des Projektes „Prozessorientierte Organisation“ in das Projekt „Qualitätsmanagement“, dem eine umfassende bzw. ganzheitliche Betrachtung des Qualitätsmanagements zugrunde liegt - Entwicklung eines Projektmanagement-Leitfadens zur CAF-Einführung - CAF-Beratungen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Bundeszentralamt für Steuern - Präsentation von CAF auf der 5. Qualitätskonferenz in Paris
Maßnahmen 2009:	<ul style="list-style-type: none"> - Durchführung von Pilotprojekten mit ganzheitlicher Qualitätsmanagementberatung in geeigneten Behörden durch das CAF-Zentrum und optionale Durchführung von Verbesserungsmaßnahmen – im Rahmen der vorhandenen Ressourcen

	<ul style="list-style-type: none"> - projektbegleitende Dokumentation und Evaluation sowie deren Veröffentlichung - Erstellung eines Handbuchs „Qualitätsmanagement in der Bundesverwaltung“ - Entwicklung eines Aus- und Fortbildungskonzepts Qualitätsmanagement bei der BAKöV - Sensibilisierung der Bundesbehördenleitungen für die Anwendung von Qualitätsmanagement
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Erfahrungsaustausch und Bestandsaufnahme - Kompetenzvermittlung für weitere Behörden - sukzessive Einbeziehung weiterer geeigneter Bundesbehörden - Organisation eines Kongresses „Qualitätsmanagement“ unter Einbeziehung der prozessorientierten Organisation in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Qualität

2.3 Evaluation

Handlungsfeld: Steuerung

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserte Evaluation der strategisch-politischen Steuerung - Erweiterung der Evaluationstätigkeit der Bundesverwaltung und Förderung einer Evaluationskultur in obersten und oberen Bundesbehörden - Verbesserung der Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung
Zielgruppe(n):	<ul style="list-style-type: none"> - politische Führung - alle Bundesbehörden
Beteiligte Ressorts:	BMI, BMWi, BMZ, BMELV, BPA
Projektbeschreibung:	Evaluationen sind ein notwendiges Element strategischer Steuerung, indem sie Informationen zur Wirksamkeit politisch-administrativer Maßnahmen liefern. Mit spezifischen Maßnahmen sollen Transparenz über die Evaluationstätigkeit der Bundesverwaltung hergestellt und Kompetenzen des Bundes identifiziert werden. Die Qualität bei der Auftragsvergabe, Durchführung und Auswertung von Evaluationen soll gesichert, der Erfahrungsaustausch gefördert und die Akzeptanz für Evaluationen durch die Erstellung, Sammlung und Veröffentlichung von Arbeitshilfen, Leitfäden erhöht werden.
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbau und Pflege eines umfassenden Informationsangebots zu Theorie und Praxis von Evaluationen im Intranetportal des Bundes - Fortsetzung des 2007 begonnenen ebenenübergreifenden Erfahrungsaustauschs im Rahmen des Strategiedialogs 2008
Maßnahmen 2009:	Fachtagung zum Thema Evaluation und Steuerung (Q 2/2009)
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	<ul style="list-style-type: none"> - kontinuierlicher Erfahrungsaustausch - bedarfsgerechte Unterstützung und Förderung der Evaluationsarbeit in der Bundesverwaltung

2.4 Effiziente Fachaufsicht über nachgeordnete Geschäftsbereiche

Handlungsfeld: Steuerung

Ziel/ Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - einheitliches Verständnis von Fachaufsicht - Herstellung von Zieltransparenz - Klarheit der Zuständigkeiten - Gewährleistung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns - Stärkung der Fähigkeit zur ergebnis- und wirkungsorientierten Steuerung der Geschäftsbereiche - Ausbau der Fähigkeit zur Risikoanalyse
Zielgruppe(n):	Beschäftigte in den Fachaufsichtsreferaten der Bundesministerien
Beteiligte Ressorts:	BMI, BMF, BMWi, BMJ, BMVBS, BMVg
Projektbeschreibung:	Es ist eine Kernaufgabe der Bundesministerien, die rechtmäßige und zweckmäßige Aufgabenerfüllung ihrer nachgeordneten Verwaltungseinheiten zu beobachten, zu prüfen und ggf. zu berichtigen oder steuernd einzugreifen. Es gilt, Mängel bei der bisherigen Ausübung der Fachaufsicht zu identifizieren, sie zu beseitigen und die Fachaufsicht durch organisatorische Maßnahmen zu verbessern.
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Zustimmung und Beschluss des Ausschusses für Organisationsfragen zu den Grundsätzen zur Ausübung der Fachaufsicht der Bundesministerien über den Geschäftsbereich - Ressortübergreifender Beschluss, die Definition der Fachaufsicht in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien aufzunehmen - Konzeption und Durchführung von drei mehrtägigen Seminaren zur Fachaufsicht in der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung - Ebenenübergreifender Erfahrungsaustausch zur Optimierung der Fachaufsicht mit Landesverwaltungen und wissenschaftlichen Institutionen im Rahmen des Strategiedialogs 2008

<p>Maßnahmen 2009</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung einer Arbeitshilfe für die Wahrnehmung der Fachaufsicht in den Fachaufsichtsreferaten (Q 3/2009) - Weiterführung des ebenenübergreifenden Erfahrungsaustauschs zur Fachaufsicht im Rahmen des Strategiedialogs 2009 (Q 3/2009) - Durchführung von zwei weiteren Seminaren zur Fachaufsicht an der Bundesakademie für die öffentliche Verwaltung (Q 2 und Q 4/2009) - Fortschrittsbericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages bis zum 31.03.2009
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<p>Entwicklung von ressortinternen Leitfäden zur Ausübung der Fachaufsicht</p>

2.5 Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens

Handlungsfeld: Steuerung

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Aufarbeitung der Kritik am bisherigen kameralistischen Haushaltssystem - Entwicklung eines konkreten Reformvorschlags unter Berücksichtigung neuer Steuerungsmodelle - Verbesserung der haushaltspolitischen Entscheidungsgrundlagen und Steuerung (Stärkung des parlamentarischen Budgetrechts) - Erhöhung der Transparenz des Haushalts und der Rechnungslegung
Zielgruppe(n):	Haushaltspolitiker im Parlament, Ressorts der Bundesregierung (einschl. nachgeordneter Behörden), Öffentlichkeit
Beteiligte Ressorts:	BMF , alle Ressorts
Projektbeschreibung:	<ul style="list-style-type: none"> - Bestandsaufnahme der Umsetzung von Reformvorhaben im Haushalts- und Rechnungswesen im In- und Ausland - Analyse und Beurteilung des derzeitigen Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes - Entwicklung von Vorschlägen zur Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens unter Einbeziehung notwendiger gesetzlicher Maßnahmen
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Abschluss der Ist-Analyse Kosten-Leistungs-Rechnung, IT, Vermögensrechnung, Anlagenbuchhaltung und produktorientierter Haushalt - Abschluss des EU-weiten Ausschreibungsverfahrens für den Consulting-Auftrag zur Feinkonzeptphase - Start der Arbeiten am Feinkonzept am 1. Juli 2008
Maßnahmen 2009:	<ul style="list-style-type: none"> - Bis Anfang April 2009: Rohentwurf des Feinkonzepts - Bis Ende Juni 2009: Abschluss der Arbeiten am Feinkonzept unter Einschluss evtl. erforderlicher gesetzlicher Maßnahmen
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	<ul style="list-style-type: none"> - ab 2010: Umsetzung des Feinkonzepts im Rahmen einer ca. dreijährigen Pilotphase mit Ressorts - anschließend: Roll-out (ca. ab 2014)

2.6 Projektmanagement

Handlungsfeld: Steuerung

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Verständnis und Akzeptanz für Projektarbeit erhöhen - sicheren Umgang mit den Standardwerkzeugen und -methoden des Projektmanagements fördern
Zielgruppe(n):	Alle Bundesbehörden
Beteiligte Ressorts:	BMI, BMF
Projektbeschreibung:	<p>Angesichts der zunehmenden Bedeutung von ressortinterner, aber auch ressortübergreifender Projektarbeit in der Bundesverwaltung soll der bestehende Leitfaden zum Projektmanagement auf seine Aktualität geprüft und praxisorientiert fortgeschrieben werden. Folgende Fragen in Bezug zum Projektleitfaden sollen beantwortet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - In welcher Projektphase bzw. Projektsituation wurde der Leitfaden bevorzugt herangezogen? - Welche Abschnitte bewerten die Nutzer als besonders hilfreich in den Projekten? - Welche Themen und Inhalte sollten aus Sicht der Nutzer in einer zweiten Auflage weiter ausgebaut werden? - Welche anderen Werkzeuge (z.B. V-Modell XT) werden eingesetzt? <p>Auf der Grundlage der Evaluationsergebnisse erfolgt eine bedarfsgerechte inhaltliche Überarbeitung sowie die anschließende Neuauflage des Praxisleitfadens Projektmanagement (Herausgeber: BMI).</p>
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Auswertung der Evaluationsergebnisse - Redaktion 1. Entwurf Neuauflage - Ressortabstimmung des Entwurfs - Schlussredaktion Neuauflage - Veröffentlichung des überarbeiteten Praxisleitfadens Projektmanagement
Maßnahmen 2009:	Anwendung des Praxisleitfadens

2.7 Ideenmanagement

Handlungsfeld: Steuerung

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Mit Ideenmanagement werden Innovationen und Qualitätsverbesserungen aus den Erfahrungen und das Detailwissen aller Beschäftigten für eine wirtschaftliche und bürgerorientierte Aufgabenerledigung genutzt. - Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden am Erfolg ihrer Vorschläge motivierend beteiligt. - Richtig eingesetzt, ist es ein Mittel, um Innovationen zu fördern, Beschäftigte zu motivieren und Kosten zu senken. - Langfristig wird in der Verwaltung Innovationskultur etabliert, besonders durch Schaffung von notwendigen Rahmenbedingungen und durch Förderung eines geänderten Führungsverständnisses.
Zielgruppe(n):	Alle Beschäftigten der Bundesverwaltung (im Geschäftsbereich des BMVg auch Streitkräfte und Reservisten)
Beteiligte Ressorts:	BMI , alle Ressorts (Ressortarbeitskreis „Netzwerk Ideenmanagement“)
Projektbeschreibung:	<p>Das kreative Potenzial der Beschäftigten zur Verbesserung der Verfahren und Ergebnisse in der Bundesverwaltung soll durch Unterstützung folgender Bereiche des Ideenmanagements verstärkt genutzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Information: Werbung, regelmäßiger Anstoß - Kommunikation: Erfahrungsaustausch der Ideenmanagerinnen und -manager fördern, gezielt Verwaltungsgruppen ansprechen, Verfahren (IT/Organisation) optimieren - Integration: Ideenmanagement durch Schulung von Mitarbeitern und Führungskräften zu einem Teil einer kreativen und vertrauensvollen Verwaltungskultur werden lassen - Steuerungsnutzen ziehen: Bewusstsein von Führungskräften für den Nutzen des Ideenmanagements verdeutlichen, regelmäßige Berichterstattung gegenüber der Hausleitung - Wertschätzung der Ideengeberinnen und Ideengeber in der

	<p>Dienststelle durch einen stärkeren Fokus auf die (schnellere) Realisierung von Vorschlägen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung prämierter Ideen kontrollieren
<p>Projektfortschritte 2008:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Evaluation der Entwicklung des Ideenmanagements in der Bundesverwaltung in den Jahren 2006 und 2007 - Bericht des Bundesministeriums des Innern an den Rechnungsprüfungsausschuss über den Stand des Ideenmanagements in der Bundesverwaltung - Beginn der Überarbeitung der Rahmenrichtlinie für ein modernes Ideenmanagement in der Bundesverwaltung auf der Basis der Evaluationsergebnisse in einer Arbeitsgruppe des Netzwerks der zentralen Ideenmanagerinnen und Ideenmanager der Bundesverwaltung - Veranstaltung einer ersten ebenenübergreifenden Ideenkonferenz für die öffentliche Verwaltung „Ideen machen Zukunft“ in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Betriebswirtschaft - Ressortübergreifender Erfahrungsaustausch - Pflege und Ausbau der Zentralen Ideendatenbank des Bundes id-bund
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Überarbeitung der Rahmenrichtlinie für ein modernes Ideenmanagement in der Bundesverwaltung (Q 3/2009) - Erarbeitung eines Onlinetools für eine ressortübergreifende Jahresstatistik zum Ideenmanagement in der Bundesverwaltung/erste Erhebung der Jahresstatistik 2008 (Q 2/2009) - 2. Ideenkonferenz für die öffentliche Verwaltung (Q 3/2009) - Verankerung des Ideenmanagements in der Fortbildung (Q 4/2009) - bedarfsgerechte Weiterentwicklung der zentralen Ideendatenbank des Bundes (id-bund) (fortlaufend)
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - fortlaufende Optimierung der Strukturen und Prozesse des Ideenmanagements in der Bundesverwaltung - Fortschrittsbericht an den Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages bis zum 30. März 2010

2.8 Change Management

Handlungsfeld: Steuerung

Ziel/Nutzen:	Erfolgsquote der Veränderungsprojekte in der Bundesverwaltung erhöhen Professionelle Begleitung von Veränderungsprojekten der Bundesverwaltung fördern
Zielgruppe(n):	Alle Bundesbehörden
Beteiligte Ressorts:	BMI , BK, AA, BMF, weitere Ressorts
Projektbeschreibung:	Angesichts der zunehmenden Bedeutung von ressort- bzw. behördeninternen, aber auch ressortübergreifenden Veränderungsprojekten in der Bundesverwaltung soll ein Praxisleitfaden zum Change Management in der Bundesverwaltung entstehen. Der Leitfaden soll die Bedeutung eines professionellen Change Managements für den Erfolg von Veränderungsprojekten in der Bundesverwaltung sichtbar machen, die Voraussetzungen für Veränderungen und kritische Erfolgsfaktoren aufzeigen und geeignete Change-Management-Werkzeuge an die Hand geben. Die Darstellung von Best-Practice-Beispielen soll die praktische Umsetzbarkeit der theoretischen Handlungsanleitung verdeutlichen.
Maßnahmen 2009:	<ul style="list-style-type: none"> - Auswertung der behördeneigenen Literatur der Bundesverwaltung zum Change Management (Q1/2009) durch BMI - Konstituierung der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe (Q1/2009) - Abstimmung der inhaltlichen Schwerpunkte (Q1/2009) - Erstellung eines Entwurfs (Q2/2009) - Ressortabstimmung des Entwurfs (Q3/2009) - Schlussredaktion des Praxisleitfadens (Q4/2009) - Veröffentlichung des Praxisleitfadens Change Management (Q4/2009)
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	Anwendung des Praxisleitfadens

3. Handlungsfeld Organisation

Die Bundesministerien sollen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die Ausrichtung auf die ministeriellen Kernaufgaben ist durch ständige Aufgabenkritik sicherzustellen (vgl. § 3 Abs. 1 GGO). Verwaltungsinterne Unterstützungsaufgaben, die in allen Ministerien gleichartig anfallen, sollen durch Dienstleistungszentren wahrgenommen werden, soweit dies unter Berücksichtigung von § 3 Abs. 4 GGO zweckmäßig und wirtschaftlich ist.

Ziel des Handlungsfeldes Organisation ist es daher, Aufbau und Prozesse der Verwaltung optimal zu gestalten. Neue Formen der Kooperation und eine vernetzte Verwaltung erlauben es, Prozesse in Entscheidungs- und Unterstützungsaufgaben zu gliedern und Aufgaben ortsunabhängig zu erfüllen. Dadurch können Investitionen in moderne Technologien behördenübergreifend genutzt werden, Investitionskosten geteilt, Professionalität durch Bündelung von Expertenwissen erhöht, Redundanzen vermieden und Ressourcen effizienter eingesetzt werden. Ein Beispiel für neue Strukturen sind Kompetenz- und Dienstleistungszentren (Shared Services Center), in denen gleichartige Dienste für mehrere Verwaltungseinheiten gebündelt werden.

Die Bundesverwaltung hat in den vergangenen Jahren mehrere Dienstleistungszentren eingerichtet. Das hat die Qualität erheblich gesteigert und die Kosten beachtlich gesenkt. Bis zum 31. Dezember 2009 sollen alle Bundesbehörden die Möglichkeit haben, solche Unterstützungsleistungen von Kompetenz- und Dienstleistungszentren in Anspruch zu nehmen.

3.1 Kompetenz- und Dienstleistungszentren

3.1.1 Aufbau und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren (Shared Services Center)

Handlungsfeld: Organisation - Kompetenz- und Dienstleistungszentren

Ziel/Nutzen:	<p>Alle Bundesministerien und deren Geschäftsbereiche sollen bis spätestens 31. Dezember 2009 für ihre Querschnittsfunktionen (insbesondere Personalwesen, Haushaltswesen, Beschaffungswesen) – soweit diese unterstützende Tätigkeiten und nicht Entscheidungskompetenzen umfassen – kostengünstige, wettbewerbsfähige, kundenorientierte, qualitätsorientierte und transparente Leistungen von Dienstleistungszentren (DLZ) beziehen können. Die Entscheidung, ob dies in den jeweiligen Ressorts sinnvoll und zielführend ist, bleibt den Ressorts überlassen.</p> <p>Der nachhaltige Ausbau von DLZ auf Bundesebene hat zum Ziel,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Effizienz (insbesondere Personal- und Sachkosten) und - Qualität (insbesondere Prozessqualität, Datenqualität zur Entscheidungsunterstützung, Servicequalität) von Querschnittsaufgaben zum Nutzen aller Bundesministerien und ihrer nachgeordneten Behörden zu steigern.
Zielgruppe(n):	Alle Bundesministerien und deren Geschäftsbereiche als Nachfrager sowie einige Behörden als Anbieter von DLZ-Leistungen.
Beteiligte Ressorts:	BMF, BMI, BMVBS, BMVg, BMWi
Projektbeschreibung:	<p>Die Umsetzung dieser Zielsetzung erfordert eine Erhebung derzeit vorhandener DLZ-fähiger Leistungen auf der Bundesebene, eine Bewertung des Status und eine Optimierung hinsichtlich ihrer Bündelung, Prozessqualität und Effizienz sowie eine Realisierung durch Einzelmaßnahmen, deren Konsistenz in einem übergreifenden Masterplan sichergestellt wird. Aufgrund der umfassenden Veränderungen kommt hier dem Change Management erhebliche Bedeutung zu.</p> <p>Um das Ziel erreichen zu können, ist ein Vorgehen in Phasen erforderlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Phase 1: Ist-Analyse & Benchmarking - Phase 2: Definition Soll-Zustand & Machbarkeitsstudie

- **Phase 3:** Feinplanung & Umsetzung Maßnahmen
- **Phase 4:** Stabilisierung und Evaluierung

Phase 1: Ist-Analyse & Benchmarking:

Ziel ist es, einen umfassenden Überblick über DLZ-relevante Dienstleistungen auf Bundesebene für „klassische“ (z.B. HR, HKR, Beschaffung, Personaldienstleistungen, IT) wie auch spezielle DLZ-Leistungen zu gewinnen.

Damit wird eine valide Datenbasis über DLZ-Leistungen auf Bundesebene (Umfang, Reifegrad) geschaffen, die einen Vergleich mit Best-Practice-Benchmarks ermöglicht. Auf Basis dessen kann der Soll-Zustand der zukünftigen Organisation von DLZ-Leistungen erarbeitet werden.

Phase 2: Definition Soll-Zustand & Machbarkeitsstudie

Ziel ist es, eine abgestimmte Zielstruktur und -kriterien für die zukünftigen DLZ auf Bundesebene zu entwickeln. Das umfasst z. B. die Anzahl der DLZ und Qualitätskriterien für die Leistungen.

Es werden Maßnahmen (z. B. Bündelung, Optimierung) abgeleitet und ein Masterplan für die Umsetzung (Priorisierung der Themen, Phasen) erstellt.

Phase 3: Feinplanung & Umsetzung

Ziel ist die Feinplanung und effiziente Umsetzung der Maßnahmen gemäß Masterplan. Dabei wird der Fortschritt durch eine zentrale Steuerung/durch Projektcontrolling nachgehalten.

Außerdem werden ein Erfahrungsaustausch sowie ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess aktiv initiiert. Damit wird die Realisierung von DLZ des Bundes entsprechend der zu Projektbeginn definierten Vision sichergestellt.

Phase 4: Stabilisierung und Evaluierung

Ziel ist es, einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess, unterstützt durch Benchmarking, in den DLZ selbst dauerhaft zu etablieren. Das wird durch Transparenz, Wettbewerb und ein zentrales Monitoring des Fortschritts und die Fortsetzung des Erfahrungsaustauschs gewährleistet.

	Damit werden die DLZ des Bundes entsprechend der zu Projektbeginn definierten Vision nachhaltig weiterentwickelt.
Projektfortschritte 2008	<p>Phase 2: Definition Soll-Zustand & Machbarkeitsstudie</p> <p>2008 schloss das Projektteam die 2. Phase "Definition Soll-Zustand & Masterplan" ab. Im Ergebnis wurden Prozess- und Organisationsmodelle erarbeitet und Aussagen zu unterstützenden Technologien getroffen. Das Projektteam leitete Optimierungs- und Bündelungsmaßnahmen ab und erstellte einen Masterplan für die Umsetzung (Priorisierung der Themen und Phasen). Parallel dazu wurde die Wirtschaftlichkeit möglicher DLZ-Modelle berechnet und verglichen.</p> <p>Die Machbarkeitsstudie hat Modellcharakter. Sie verfolgt das Ziel, für die Bereiche Haushalt, Personal und Beschaffung unter den zugrunde gelegten Annahmen optimale Lösungen anzubieten.</p> <p>Phase 3: Feinplanung & Umsetzung</p> <p>Ende 2008 wurde die Feinplanung und die effiziente Umsetzung von Maßnahmen im Sinne der Machbarkeitsstudie begonnen. Innerhalb der Projektressorts wurden insgesamt 17 Pilotprojekte gestartet. Der Fortschritt wird durch eine zentrale Steuerung (Projektcontrolling) nachgehalten. Zudem sollen Grundsatzthemen (z.B. Steuerung, Finanzierung von DLZ, Nutzung von Effizienzrenditen) abgearbeitet werden und ein Erfahrungsaustausch sowie ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess initiiert werden. Zur transparenten und vergleichbaren Darstellung der unterschiedlichen Dienstleistungsangebote wird eine Angebotsdatenbank entwickelt. Die Realisierung von DLZ-Modellen auf Bundesebene wird so entsprechend der definierten Vision vorangetrieben.</p>
Maßnahmen 2009:	Phase 3: Feinplanung & Umsetzung (ab Q 4/2008)
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	<ul style="list-style-type: none"> - Fortsetzung der Phase 3 mit der Aufnahme weiterer Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung, Prüfung der Aufnahme der mittelbaren Bundesverwaltung und der Aufnahme weiterer Bereiche (Organisation, Innerer Dienst) - Phase 4: Stabilisierung und Evaluierung - Erweiterung auf weitere Bereiche (Organisation, innerer Dienst)

3.1.2 Bearbeitung von Personalkosten, Personalnebenleistungen, Familienleistungsausgleich und Versorgungsleistungen

Handlungsfeld: Organisation - Kompetenz- und Dienstleistungszentren

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Effizienzsteigerung durch optimierte Prozesse und Nutzung von Synergien, während alle damit verbundenen Gestaltungs- und Entscheidungsbefugnisse in den beauftragenden Verwaltungseinheiten verbleiben - Skaleneffekte (Größenvorteile) durch behördenübergreifende Nutzung von DLZ - verkürzte Durchlaufzeiten, verbessertes Bearbeitungsniveau durch Spezialisierung - höhere Kundenzufriedenheit durch Qualitätsverbesserungen und ausgebaute Kundenorientierung in den anbietenden Behörden mit einem marktgerechten Service für die (internen) Kunden - weitere Konzentration auf Kernaufgaben in der abgebenden Behörde (Ressourcenumwidmung) - Standardisierung der IT - Vereinheitlichung der Rechtsanwendung - Anreiz zur kontinuierlichen Verbesserung der DLZ durch Benchmarking - Schaffung und Förderung des Wettbewerbs unter den Dienstleistungszentren
Zielgruppe(n):	Bundesressorts und deren Geschäftsbereiche
Beteiligte Ressorts:	BMF, BMI, BMVg, BMVBS, BMWi , alle weiteren Ressorts
Projektbeschreibung:	<p>Die Bündelung der Leistungserbringung in der Bearbeitung von Personalkosten, Personalnebenleistungen, Familienleistungsausgleich und Versorgungsleistungen in ressortübergreifenden Dienstleistungszentren bietet den Behörden Möglichkeiten zur Kostensenkung und zur Konzentration auf Kernaufgaben. Die erforderlichen Gestaltungs- und Entscheidungsbefugnisse verbleiben in den Behörden als beauftragende Verwaltungseinheiten. Darüber hinaus kann auch die Rechtsanwendung in diesen Prozessen für die Beschäftigten des Bundes vereinheitlicht werden. In Behörden und DLZ ist eine</p>

	<p>geeignete Transparenz der Leistungserbringung durch Prozess-Standardisierung unter geeigneter wirtschaftlicher Neuorganisation von Aufgaben und Nutzung standardisierter IT-Unterstützung zu schaffen und über einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess für beide Seiten zu sichern. Hierzu wird die erforderliche Angebots- und Kostentransparenz geschaffen, und die zugehörigen Empfehlungen des Bundesrechnungshofes werden berücksichtigt.</p>
<p>Projektfortschritte 2008:</p>	<p>Projektfortschritte 2008 in den Bereichen Beihilfe und Versorgung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abschluss der Ist-Erhebung in den Bereichen Beihilfe und Versorgung - Erarbeitung von Bearbeitungsstandards in den Bereichen Beihilfe und Versorgung - Modellierung der Geschäftsprozesse im Beihilfebereich - Standardisierung der Prozessabläufe in den am Projekt beteiligten Pensionsfestsetzungsbehörden - beginnende Überprüfung zur Anpassung/Standardisierung der IT-Unterstützung in den Bereichen Beihilfe und Versorgung <p>Projektfortschritte 2008 für die übrigen Bereiche: s. Projekt 3.1.1.</p>
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<p>Maßnahmen 2009 für den Bereich Beihilfe und Versorgung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anpassung/Standardisierung der IT-Unterstützung in den Bereichen Beihilfe und Versorgung - Geschäftsprozessmodellierung im Versorgungsbereich - Gesamtkonzept Versorgung - Erarbeitung von Leistungspaketen mit entsprechenden Angeboten an die Ressorts <p>Maßnahmen 2009 für die übrigen Bereiche: s. Projekt 3.1.1</p>
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Leistungspakete und Angebote durch die Ressorts - Schaffung einheitlicher Regularien für Akquise, Bearbeitung und Abrechnung der in Rede stehenden Aufgaben

3.1.3 Optimierung der Beschaffung

Handlungsfeld: Organisation - Kompetenz- und Dienstleistungszentren

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Weitere Verbesserung der Beschaffung in der Bundesverwaltung - Fortführen der Umsetzung des Beschlusses der Bundesregierung vom 10. Dezember 2003 zur Optimierung öffentlicher Beschaffungen, 7-Punkte Programm
Zielgruppe(n):	Alle Ressorts
Beteiligte Ressorts:	BMI, BMWi, BMVg, BMF
Projektbeschreibung:	Die Deckung des Bedarfs der Bundesverwaltung an Standardgütern über Rahmenverträge und die Nutzung des Kaufhauses des Bundes (KdB) sollen verbessert und die Akzeptanz der e-Vergabepattform des Bundes in der Bundesverwaltung und der Wirtschaft erhöht werden.
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - seit Q 1/2007 finden regelmäßige Koordinierungsgespräche zur Abstimmung zwischen den Zentralen Beschaffungsstellen (ZBSt) statt, um Inhalte bei Ausschreibungen von Rahmenverträgen zu standardisieren und Prozesse zu harmonisieren. - Intensivierung des Dialoges zwischen den einzelnen Zentralen Beschaffungsstellen durch lfd. bilaterale Abstimmungsgespräche - Abfragen zum Aufbau eines jährlichen Reportingsystems über Nutzung der im Kaufhaus des Bundes bereitgestellten Rahmenverträge sind erfolgt. - Identifizierung und Einbindung von weiteren Standardprodukten in die Produktgruppen, die den Zentralen Beschaffungsstellen bereits zugewiesen sind. - Informationsveranstaltungen zur Verbesserung der Nutzung/Akzeptanz des Kaufhauses des Bundes und der e-Vergabepattform sind erfolgt - Anschluss weiterer Bundesbehörden an die e-Vergabepattform (fortlaufend)
Maßnahmen 2009:	<ul style="list-style-type: none"> - Fortsetzung der o.a. Daueraufgaben (Die vergebenen 12

	<p>Produktgruppen sollen weiter konsolidiert werden; neu identifizierte standardisierbare Produktgruppen sind zu katalogisieren.)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erarbeitung eines einvernehmlichen Konzepts für den Aufbau des Kaufhauses des Bundes (Geschäftsmodell, Geschäftsordnung, Zusammensetzung der Geschäftsstelle usw.) in koordinierter Zusammenarbeit mit den Zentralen Beschaffungsstellen und allen Ressorts - Die Zentralen Beschaffungsstellen werden über die bisherigen Produktgruppen hinaus weitere standardisierbare Produktgruppen identifizieren, katalogisieren und in Absprache mit der Geschäftsstelle des Kaufhauses des Bundes auch für diese Produktgruppen in einem koordinierten, arbeitsteiligen Vorgehen Rahmenverträge abschließen und in das Kaufhaus des Bundes einstellen. Die Geschäftsstelle des Kaufhauses des Bundes unterrichtet hierüber unverzüglich den Ressortkreis Zentrale Beschaffungsstellen - Informationsveranstaltungen der Geschäftsstelle des Kaufhauses des Bundes als gemeinsame Plattform der Zentralen Beschaffungsstellen - Evaluierung der bisher (ohne weitere Fortschreibung) den Zentralen Beschaffungsstellen zugewiesenen Produktgruppen (ab Ende 2009)
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - weitere Befüllung des Kaufhauses des Bundes mit Rahmenverträgen über Produkte aus den Standardproduktgruppen, die den ZBSt zugewiesen sind und im Rahmen der weiteren Fortschreibung ergänzt werden - Anschluss möglichst vieler Bundesbehörden an die e-Vergabepattform unter Berücksichtigung der Eigenverantwortlichkeit der Ressorts - Vervollständigung der elektronischen Prozessketten zwischen Bedarfsträgern und Lieferunternehmen

3.1.4 Dienstleister Beschaffung

Handlungsfeld: Organisation - Kompetenz- und Dienstleistungszentren

Ziel/Nutzen:	Ausbau der zentralen Beschaffungsstellen zu DLZ für interessierte Ressorts in der Bundesverwaltung
Zielgruppe(n):	Alle Ressorts der Bundesverwaltung
Beteiligte Ressorts:	BMI, BMF, BMVg
Projektbeschreibung:	Ausbau der im Bereich der Standardgüter eingerichteten zentralen Beschaffungsstellen (Projekt 3.1.3) – Bundesfinanzdirektion Südwest (BFD Südwest, Referat RF 5 im Geschäftsbereich des BMF = ehemals Beschaffungsamt der Bundeszollverwaltung BABZV), Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB im Geschäftsbereich des BMVg) und Beschaffungsamt (BeschA im Geschäftsbereich des BMI) – zu Dienstleistungs- und Kompetenzzentren. Freibleibendes Angebot an alle Ressorts zur Durchführung von Beschaffungsverfahren für Nichtstandardgüter.
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung eines Konzepts zum Ausbau von BFD Südwest, BWB und BeschA als Dienstleistungs- und Kompetenzzentren auch im Rahmen der Gesamtkonzeption im Projekt 3.1.1 - Entwicklung von durchgängigen Prozessketten für die Beschaffung, Lieferung, Buchung, Inventarisierung in Abstimmung mit dem Projekt 3.1.1 - Entwicklung eines einheitlichen Geschäftsmodells für die ressortübergreifende Beschaffung durch Dienstleistungszentren (in Verbindung mit 3.1.4.)
Maßnahmen 2009:	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterbearbeitung der oben genannten Punkte - fortlaufende Fortsetzung der Akquise interessierter Ressorts - Beginn der Pilotierung des Geschäftsmodells nach Verabschiedung - Abstimmung des Geschäftsmodells mit den anderen Ressorts
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte	<ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung des Geschäftsmodells für interessierte Ressorts durch die DLZ - fortlaufende Beobachtung des Marktes auf ein potentielles verändertes Bieter- und Bewerberverhalten, insbesondere

Projektlaufzeit):	mögliche negative Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen.
-------------------	---

3.1.5 Reise- und Reisekostenmanagement

Handlungsfeld: Organisation - Kompetenz- und Dienstleistungszentren

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Senkung der direkten und indirekten Reisekosten durch das Travel Management / Travel Management System (TM/ TMS) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Bündelung der Nachfrage, die Optimierung des Reiseeinkaufs und der Abschluss von Verträgen für den „Gesamtbund“ führen zu bedarfsgerechten und günstigen Konditionen (Preis/Leistung). ▪ Die Bereitstellung elektronischer Antrags-, Buchungs- und Abrechnungsverfahren sowie der Kreditkarte als Zahlungs- und Legitimationsmedium optimiert Prozesse in den Verwaltungen. - Sicherung von Qualität und Kundenservice - Optimierung der Management-Informationen (Kennzahlen), die als Grundlage für Planung des Einkaufs, Kontrolle der Maßnahmen-Durchsetzung und Steuerung dienen
Zielgruppe(n):	Alle Verfassungsorgane, oberste Bundesbehörden, deren Geschäftsbereiche, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des Bundes sowie die Zuwendungsempfänger des Bundes (unabhängig von deren Rechtsform), welche mit mindestens 50 % durch den Bund institutionell gefördert werden
Beteiligte Ressorts:	BMI (durch Ressortarbeitskreis Travel Management Einbindung aller Verfassungsorgane und obersten Bundesbehörden)
Projektbeschreibung:	Flächendeckende Einführung des Systems und dessen weitere Optimierung
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Implementierung des Reisebürovertrages für Standardreisen, einschließlich Internet-Booking-Engine, in weiteren Behörden/Einrichtungen - Anpassung des Reisebürovertrages für Standardreisen an die tatsächlichen Abrufzahlen - Online-Bestellmöglichkeit der BahnCard 50 - Zugangsmöglichkeit zum IVBV für Zuwendungsempfänger des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über die BStU

<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - jährliche Verhandlungen mit den Leistungserbringern (Flug, Bahn, Hotel, Mietwagen) - Schaffung weiterer Zugänge für Zuwendungsempfänger und sonstige Einrichtungen zum IVBV - Prüfung der Bereitstellung einer Hotelbuchungsplattform für den gesamten Bund - Bereitstellung der sog. Mandantenfähigkeit einer bereits im Geschäftsbereich des BMI implementierten Antrags-, Genehmigungs- und Abrechnungssoftware, d.h. der Möglichkeit zur autonomen Nutzung dieses Workflows durch andere Bundesministerien und deren Geschäftsbereiche - Prüfung der Bereitstellung der notwendigen Hard- und Software bei einem Dienstleister (2009/2010)
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ausschreibung und Implementierung der Reisebüroleistung für komplexe Reisen (2010/2011) - elektronische Reisekostenabrechnung für Minister und Staatssekretäre (2010) - Einrichtung eines Identity-Managements und Umsetzung Single-Sign-on - Schaffung weiterer Zugangsmöglichkeiten für elektronische Angebote für nicht an den IVBB/IVBV angeschlossene Nutzer

3.1.6 Projekt D115 Einheitliche Behördenrufnummer

Handlungsfeld: Organisation

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Mit der einheitlichen Behördenrufnummer 115 erhalten Bürgerinnen, Bürger und die Wirtschaft einen direkten telefonischen Draht in die Verwaltung. Fragen zu Zuständigkeiten, Öffnungszeiten, Gebühren oder benötigten Unterlagen werden unter der 115 direkt beantwortet. - Die einheitliche Behördenrufnummer wird zunächst seit 24. März 2009 in einem Pilotbetrieb in Modellregionen getestet. Ziel des Pilotbetriebs ist es, die Qualität und das Leistungsangebot von D115 weiter auszubauen. - Das Vorhaben wird im Rahmen der föderalen Ordnung und unter Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung realisiert. Dabei werden die bereits bei Bund, Ländern und Kommunen vorhandenen Serviceeinrichtungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten genutzt und weiterentwickelt.
Zielgruppe(n):	Bürger, Unternehmen
Beteiligte Ressorts:	<p>Koordination durch BMI und das Land Hessen. Erste beteiligte Modellregionen: Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Stadt Oldenburg in Niedersachsen.</p> <p>Von Seiten des Bundes beteiligen sich folgende Ressorts und Geschäftsbereichsbehörden am Pilotbetrieb, weitere werden folgen: Bundeskanzleramt - BK, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung - BPA, Auswärtiges Amt - AA, Bundesministerium für Arbeit und Soziales - BMAS, Bundesministerium des Innern - BMI, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - BMFSFJ, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung - BMVBS, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit - BMU, Bundesministerium der Verteidigung - BMVg, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie - BMWi, Deutsche Rentenversicherung Bund, Informations- und Wissensmanagement der Zollverwaltung IWM - Zoll, Statistisches Bundesamt - StBA, , Steuerliches Info-Center - SIC.</p>

<p>Projektbeschreibung:</p>	<p>Erprobung der einheitlichen Behördenrufnummer 115 in Modellregionen</p> <p>Seit 24. März 2009 wird die einheitliche Behördenrufnummer in einem Pilotbetrieb in Modellregionen erprobt. Zunächst haben zahlreiche Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen und Hessen, die Stadtstaaten Berlin und Hamburg und Oldenburg in Niedersachsen die 115 freigeschaltet. Für rund 10 Millionen Bürgerinnen und Bürger ist der neue Service damit verfügbar. In den ersten vier Tagen des Pilotbetriebs haben rund 100.000 Bürgerinnen und Bürger deutschlandweit getestet.</p> <p>Die 115 ist zunächst von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr erreichbar. 75 Prozent der 115-Anrufe sollen innerhalb einer Frist von 30 Sekunden durch Mitarbeiter in einem D115-Servicecenter angenommen werden. Ziel ist es, 55 Prozent der 115-Anrufe beim ersten Anruf zu beantworten. Wenn eine Frage nicht sofort beantwortet werden kann, erhält der Anrufer innerhalb von 24 Stunden während der Servicezeiten eine Rückmeldung – je nach Wunsch per Mail, Fax oder Rückruf.</p> <p>Im Laufe des auf zwei Jahre angesetzten Pilotbetriebs sind interessierte Kommunen, Landes- und Bundesbehörden eingeladen, sich dem D115-Verbund anzuschließen. Die Qualität des neuen Bürgerservices und der Umfang der Leistungen werden fortlaufend wachsen. Fragen, die in der ersten Stufe des Pilotbetriebs noch nicht beantwortet werden konnten, fließen in das Wissensmanagementsystem ein. Technische und organisatorische Herausforderungen werden analysiert und fortlaufend angepasst. D115 ist ein lernendes System und lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger das Angebot ausprobieren. Damit steht D115 für eine innovative, bürgernahe Verwaltung.</p>
<p>Projektfortschritte 2008:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung und Verabschiedung des Feinkonzepts D115 - Ausschreibung, Vergabe und Aufbau zentraler Komponenten: <ul style="list-style-type: none"> ▪ D115-Netzbetrieb ▪ Wissensmanagement/Wissenszugriff

	<ul style="list-style-type: none"> - Vorbereitung und Start der Testphase - Aufbau einer Arbeitsgruppenstruktur für die beteiligten und interessierten Kommunen, Landes- und Bundesinstitutionen - Schulungsmaßnahmen für Teilnehmer aus Pilotregionen - Berichterstattung und Informationsaustausch in und mit (politischen) Gremien - Kommunikationskonzept – Umsetzung öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen
Maßnahmen 2009:	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterführung der Testphase - Eintritt in den Pilotbetrieb am 24. März 2009 - Qualitätsmanagement - Steuerung des Netzbetriebes - Pflege und Erweiterung des Wissensmanagements - Schulungsmaßnahmen - Fortsetzung der Kommunikationsmaßnahmen - Weiterführung der Arbeitsgruppen - Erhöhung der Flächendeckung und Einbindung weiterer Bundesinstitutionen in D115 - Vorbereitung zur Gründung einer Dachorganisation
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	<p>Unter Berücksichtigung der in den Modellregionen, Landes- und Bundesbehörden gewonnenen Erfahrungen mit dem D115-Pilotbetrieb wird ein Vorschlag zum inhaltlichen und räumlichen Ausbau der 115 erarbeitet.</p>

3.1.7 Bürgerservice-Zentrum BMI und Geschäftsbereich

Handlungsfeld: Organisation

Ziel/Nutzen:	<p>Ziel des Projektes ist die Einrichtung eines zentralen Bürgerservice-Zentrums (BSZ), mit dem der Bürgerservice des BMI und des Geschäftsbereiches organisatorisch gebündelt und qualitativ optimiert werden soll. In diesem Zusammenhang sollen vor allem die Beantwortung telefonischer Bürgeranfragen ausgebaut und die internen Abläufe optimiert werden, um auch die fachlich zuständigen Organisationseinheiten im BMI und in den beteiligten Behörden des Geschäftsbereichs zu entlasten.</p> <p>Ziel ist neben der Verbesserung der Servicequalität für Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zudem die Anpassung von Qualität und Leistungsumfang an die aus der Beteiligung des Bundes am Projekt D115 Einheitliche Behördenrufnummer resultierenden neuen Anforderungen.</p>
Zielgruppe(n):	Bürgerinnen und Bürger
Beteiligte Ressorts:	BMI , weitere Ressorts (noch offen)
Projektbeschreibung:	Konzeption, Einrichtung und Betrieb einer zentralen Organisationseinheit zur operativen Abwicklung eines einheitlichen Kunden- und Beschwerdemanagements (im Sinne eines First-Level-Supports) für BMI und Geschäftsbereich (langfristig)
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung und Konstituierung einer Projektgruppe sowie eines Lenkungsausschusses unter Beteiligung ausgewählter Behörden des Geschäftsbereiches - Projektbetreuung in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe D115 und unter Beteiligung BVA - Entwicklung und Fortschreibung eines Grobkonzepts, Analyse und Bewertung der Strukturen und Ressourcen beteiligter Behörden, Identifizierung typischer Geschäftsvorfälle - Optimierung des Wissensmanagements zur Beantwortung der Bürgeranfragen - Anpassung der IT-technischen Ausstattung an die BSZ-spezifischen Anforderungen (Vorgangsbearbeitung, Wissensmanagement, Telekommunikation)

	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der personellen und organisatorischen Anforderungen - Testphase
Maßnahmen 2009:	<ul style="list-style-type: none"> - Start des Pilotbetriebs (Januar 2009) - Teilnahme des BSZ am Test- und Pilotbetrieb des Projekts D115 - Evaluation und Optimierung der BSZ-Strukturen und -Prozesse (IT, Personal etc.) - Ausbau Wissensmanagement - Erweiterung des Aufgabenspektrums des BSZ - Steuerung und Vorbereitung der Aufgabenübertragung auf BVA - Integration weiterer Geschäftsbereichsbehörden und ggf. Ressorts in das BSZ
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	<ul style="list-style-type: none"> - Evaluation, Optimierung und Ausbau des BSZ - Aufgabenübertragung auf BVA (2010)

3.2 Aufgabenkritik

Handlungsfeld: Organisation

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Konzentration der Behörden auf Kernaufgaben - Behördenübergreifende Bündelung von Querschnittsaufgaben - Outsourcing nicht hoheitlicher Aufgaben
Zielgruppe(n):	Alle Behörden
Beteiligte Ressorts:	BMI , BMVg, BMZ, BMWi
Projektbeschreibung:	<p>Staatliche Aufgaben effizient und wirksam zu erfüllen, ist eine vordringliche Forderung an alle Verwaltungsebenen in Deutschland. Die Überprüfung des Aufgabenbestands der öffentlichen Verwaltung hat deshalb einen zentralen Stellenwert innerhalb einer ganzheitlichen Verwaltungsmodernisierung. Mit der Aufgabenkritik wird auf Basis der gesetzlichen Vorgaben und strategischen Zielsetzung der Behörde überprüft und festgelegt, welche Aufgaben auch künftig (Effektivität) und in welcher Art und Weise (Effizienz) wahrgenommen werden sollen. Unter der Aufgabenkritik als eigenständigem Untersuchungsschwerpunkt wird die Zweckkritik samt der abzuleitenden Vorschläge für die künftige Aufgabenstruktur verstanden.</p> <p>Bei der Zweckkritik werden die Aufgaben des Untersuchungsbereichs einer systematischen, kritischen Bewertung unterzogen. Dabei wird geprüft, ob eine Aufgabe durchgeführt werden muss und wer die Aufgabe durchführen soll. In dem Projekt geht es darum, eine praxisnahe Methode für die Aufgabenkritik zu entwickeln.</p>
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Durchführung anlassbezogener Aufgabenkritik in ausgewählten Behörden im Rahmen von Pilotprojekten - Einsatz verschiedener Instrumente und Verfahren der kontinuierlichen Aufgabenkritik und des Qualitätsmanagements in den Ressorts in unterschiedlichsten Verwaltungsbereichen
Maßnahmen 2009:	<ul style="list-style-type: none"> - Fortführung der Aufgabenkritik in ausgewählten

	<p>Behörden</p> <ul style="list-style-type: none">- Erfahrungsaustausch der beteiligten Ressorts über Methodik, Akzeptanz, Nutzen und Erfolg bereits durchgeführter Maßnahmen; ggf. mit Erarbeitung von Empfehlungen, Best-Practice-Beispielen
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	Einbeziehung weiterer Behörden

3.3 Bürgerfreundliche Verwaltungssprache

Handlungsfeld: Organisation

Ziel/ Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der Bürger-Verwaltungs-Kommunikation - Steigerung der Fertigkeiten der Beschäftigten der Bundesverwaltung, verständlich und bürgerfreundlich zu schreiben - schnellere und zuverlässige Vermittlung von Informationen an Bürgerinnen und Bürger - Steigerung von Akzeptanz und Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den Behörden des Bundes
Zielgruppe(n):	Beschäftigte der Bundesverwaltung
Beteiligte Ressorts:	BMI , alle Ressorts
Projektbeschreibung:	<p>Zu einer modernen Verwaltung gehört eine moderne Sprache. Durch eine Kooperation mit IDEMA, dem Internet-Dienst der Ruhr-Universität Bochum für eine moderne Amtssprache, soll die Kommunikation zwischen öffentlichen Verwaltungen und den Bürgerinnen und Bürgern verbessert werden. Konkret unterstützt IDEMA die Bundesverwaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> – bei der Suche nach allgemeinverständlichen Formulierungen für Fachausdrücke, – bei der sprachlichen Überarbeitung von Verwaltungstexten, Bescheiden, Merkblättern usw. in Absprache mit den Textverfassern, – durch Einstellung der Texte in eine Datenbank, auf die alle teilnehmenden Behörden zugreifen können, – durch Beantwortung spezieller Formulierungsfragen im Dialog und – durch Bereitstellung von Zusatzangeboten, wie Textbausteinen, Mustertexten, Literaturhinweisen, Informationen aus Presse und Politik usw.
Projektfortschritte 2008:	Abschluss eines Kooperationsvertrages IDEMA – Bund mit Leistungszeitraum 1. Mai 2008 bis 30. April 2009
Maßnahmen 2009:	Evaluation und Entscheidung über Fortführung der Kooperation mit IDEMA

3.4 Verständliche Gesetze

Handlungsfeld: Organisation

Ziel/Nutzen:	<p>Verbesserung der Rechtssetzung, insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung des Aufwands für die Erläuterung von Rechtsvorschriften bei Adressaten und sonstigen Betroffenen sowie für die Rechtsanwendung durch Gerichte und Behörden - Verbesserung der Akzeptanz von Recht bei Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaftsunternehmen und Verwaltung - Entwicklung der Fertigkeiten der Beschäftigten der Bundesverwaltung, die Rechtsvorschriften entwerfen, sprachlich richtig und allgemein verständlich zu formulieren
Zielgruppe(n):	Beschäftigte der Bundesverwaltung, die an der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften mitwirken
Beteiligte Ressorts:	BMJ , alle Ressorts
Projektbeschreibung:	<p>Rechtsvorschriften müssen sprachlich richtig und möglichst für jedermann verständlich gefasst sein (vgl. § 42 Abs. 5 Satz 1 GGO). Durch Einbindung sprachwissenschaftlichen Sachverständs in die Entwurfsarbeit soll dieses Anliegen verstärkt werden. Konkret unterstützen Sprachwissenschaftlerinnen der Gesellschaft für deutsche Sprache im Jahr 2008</p> <ul style="list-style-type: none"> - vier ausgewählte Gesetzgebungsvorhaben der Bundesregierung, indem die zuständigen Arbeitseinheiten die Sprachwissenschaftlerinnen in die Formulierungsarbeit einbinden, - verschiedene neue Gesetzentwürfe der Bundesministerien, indem vorgelegte Entwurfss Fassungen sprachlich geprüft und sprachliche Hinweise gegeben und Verbesserungsvorschläge unterbreitet werden und - die Beantwortung spezieller Formulierungsfragen auf Anfrage.
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Fortführung und Abschluss der Arbeit an den vier ausgewählten Gesetzesvorhaben - Erprobung von Sprachprüfung im Mitprüfungsprozess gemäß § 46 GGO bei einzelnen Vorhaben in Absprache mit dem

	<p>federführenden Ressort und dem Mitprüfungsreferat des BMJ</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sprachberatung in Einzelfragen zu anderen Gesetzgebungsvorhaben <p>Ergebnisse: Die Beurteilung des Projektes fiel einheitlich positiv aus: Alle Beteiligten – die Fachebene der federführenden Ressorts und die Mitprüfungsreferate im BMJ – bestätigten, dass Spracharbeit eine sinnvolle Hilfe und gute Dienstleistung im Gesetzgebungsverfahren ist. Die bearbeiteten Texte erlangen höhere sprachliche Qualität – sprachlich, logisch und materiell – und überzeugen daher leichter. Das Projekt zeigt, dass sprachliche Bearbeitung möglichst frühzeitig – aber spätestens im Rahmen der Rechtsprüfung – erfolgen sollte.</p>
Maßnahmen 2009:	Beim BMJ wird im Jahr 2009 zur Sprachberatung für die Entwürfe der Bundesministerien ein Redaktionsstab eingerichtet.
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	Die Haushaltsmittel für die Sprachberatung sind bis 2012 bewilligt.

3.5 IT-gestütztes Haushaltsaufstellungsverfahren

Handlungsfeld: Organisation

Ziel/Nutzen:	<p>Ziel des Projekts ist es, die Bedürfnisse des Haushaltsaufstellungsverfahrens im BMI und des Geschäftsbereichs anzupassen, so dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - behördenintern die Anmeldungen über Eingabemasken erfolgen können, - die Anmeldungen von den jeweiligen Haushaltsreferaten gesammelt und zum Voranschlag der Behörde für das aufzustellende Haushaltsjahr zusammengefasst werden können und - diese Voranschläge in einer internetbasierten Anwendung angesehen, ausgewertet und weiterverarbeitet werden können.
Zielgruppe(n):	BMI und Geschäftsbereich
Beteiligte Ressorts:	FH Bund , BMI, BVA, StBA
Projektbeschreibung:	<p>Im Geschäftsbereich des BMI befasst sich eine Projektgruppe mit der softwaregestützten Bearbeitung des Haushaltsvoranschlags. Ziel des Projekts ist es, den Haushaltsvoranschlag nach der Aufstellung zwischen den nachgeordneten Behörden und dem BMI digital auszutauschen. Als zukünftige Ausbaustufe soll die Übergabe des Haushaltsvoranschlags an das BMF geprüft werden.</p>
Projektfortschritte 2008:	<p>Im Jahr 2008 wurde zunächst eine schnelle Einführung einer vorhandenen Software-Lösung präferiert. Allerdings zeigten Tests der Projektbeteiligten, dass die vorhandenen Funktionalitäten nicht den Erwartungen entsprachen. Deshalb wurde entschieden, der qualitativen Verbesserung der Testsoftware den Vorrang vor einer Ausweitung auf andere Pilotbehörden zu geben. Zugleich wurden die Möglichkeiten einer automatisierten Übermittlung der Daten an das BMI eruiert. Die bisherige Projektplanung sah die Einführung einer Schnittstelle zwischen Pilotbehörden und BMI für den Herbst 2008 vor. Eine Verschiebung ist nicht zuletzt angesichts der Verbesserung der IT-Unterstützung unumgänglich.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung der technischen Möglichkeiten zur Aufnahme der

Maßnahmen 2009:	Daten im BMI (Test) in Abstimmung mit dem Projekt DLZ - Entscheidung über Einführung sowie Ausweitung auf andere Behörden des Geschäftsbereichs auf der Grundlage der bisherigen Projektergebnisse
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	

3.6 Empfehlungen zur Internen Revision

Handlungsfeld: Organisation

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> – Entwicklung von Empfehlungen zur Internen Revision (IR) in der Bundesverwaltung – einheitliche Handlungsbasis für die IR in der Bundesverwaltung – Weitere Professionalisierung der IR
Zielgruppe(n):	Alle Revisoren der Bundesverwaltung
Beteiligte Ressorts:	BMI , BMWi, BMVBS, BMU
Projektbeschreibung:	Überarbeitung des Eckpunktepapiers (Basispapiers) des BMI zur IR vom 19. März 1998; Erarbeitung von Empfehlungen zur IR in der gesamten Bundesverwaltung; diese sollen neben grundsätzlichen Überlegungen zur IR auch Musterprüfungen und Regelungen zur beruflichen Qualifikation etc. enthalten
Projektfortschritte 2008:	Erarbeitung von Handreichungen zu den Empfehlungen für Interne Revisionen in der Bundesverwaltung; insbesondere Modelle für eine risikoorientierte Prüfungsplanung.
Maßnahmen 2009:	Fallstudie zur Erstellung eines fiktiven risikoorientierten Jahresprüfungsplanes für Interne Revisionen anhand einer Bundesbehörde und anschließende Information aller Ressorts hinsichtlich der erzielten Ergebnisse.
Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):	Evaluation der Handreichung aufgrund der gemachten praktischen Erfahrungen Ende 2010 und ggf. Anpassung der Empfehlungen für IR.

3.7 Ausbau des Informations- und Wissensmanagements

3.7.1 Weiterentwicklung Intranetportal des Bundes

Handlungsfeld: Organisation – Informations- und Wissensmanagement

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - höhere Mitarbeiterzufriedenheit durch bedarfsgerechte nicht öffentliche, ressortübergreifende Informationen, Kommunikationsangebote und Dienste im Intranetportal des Bundes - Bündelung von ressortübergreifenden Inhalten - effektive und effiziente Unterstützung der Nutzer bei ihrer Arbeit entsprechend ihren Bedürfnissen und durch Kompetenzfokussierung - verbesserte Verzahnung von Arbeit und Informationsnutzung - Förderung des Wissensaustauschs und der Zusammenarbeit der Ressorts - Erhöhung des Nutzungsgrades und Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Informationsangebote - Kosten-Nutzen-Optimierung für den Bund und alle Bundesressorts - gezielte Werbung
Zielgruppe(n):	Beschäftigte der Bundesverwaltung
Beteiligte Ressorts:	BMI , alle Ressorts
Projektbeschreibung:	<p>Das Intranetportal des Bundes soll als zentraler Einstiegspunkt zu behördenübergreifenden nicht öffentlichen Informationen, Kommunikationsangeboten und Diensten für die Bediensteten der Bundesverwaltung bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Auf der Grundlage einer Evaluation der bestehenden Inhalte und der Organisation werden Empfehlungen zum wirtschaftlichen Betrieb und zum geeigneten Ausbau der Informationsangebote entwickelt und schrittweise zur Optimierung des Informationsangebots umgesetzt. Gleichzeitig sind Synergiepotenziale mit Internet- und Intranetangeboten der Bundesbehörden aufzuzeigen.</p>
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Beschluss des Rahmenregelwerks und der Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung des Portals im Ausschuss für Organisationsfragen (AfO) - Erstellung und Abstimmung des Kommunikationskonzepts im

	<p>Ressortarbeitskreis; Umsetzung der einzelnen Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - technische Neuerungen und Anpassungen - Neugestaltung Design und Nutzerführung - Umsetzen der neuen Inhalts- und Navigationsstruktur - Einbindung Urkundenassistent als neues Servicetool - Überführung der Inhalte von bund.de/Verwaltungsbereich - Überführung der Inhalte der Website www.bmi.ivbb.bund.de - Erstellung des Rollen- und Rechtekonzepts - Relaunch des Portals am 30. September 2008
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Optimierung der Suchmaschine im Portal - Prüfung der Einführung eines Gebärdensprachfilms zur Erklärung des Portals - Prüfung des Einsatzes von Web 2.0 Technologien im Portal, um die Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten für die Bediensteten der Bundesverwaltung zu erhöhen - Durchführung einer Nutzerbefragung
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<p>Kontinuierlicher Ausbau eines bedarfsgerechten Informations- und Kommunikationsangebots</p>

3.7.2 Mitarbeiterportal OfficeNet

Handlungsfeld: Organisation - Informations- und Wissensmanagement

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Beherrschbarkeit der täglichen Informationen - Ständige Verfügbarkeit des für die Aufgabenerledigung erforderlichen Wissens in der erforderlichen Qualität (u. a. Aktualität, Zielgenauigkeit) und Quantität sowie zielgerichtete Steuerung der Wissensverteilung (Vermeiden von Informationsüberflutung) - Nachhaltige Sicherung der Erfahrungen sowie des Wissens der Beschäftigten des Bundes - Angebot einer vorgedachten und vorkonfigurierten Wissensmanagementlösung mit einer umfassenden Palette an modernen Wissensmanagementwerkzeugen (u. a. Web 2.0, Forensysteme, Wiki und Weblog) und Bereitstellung verschiedener personalisierter Kommunikationswerkzeuge (Kompetenznetzwerke etc.) - Nutzung von Synergien sowohl technisch als auch organisatorisch und auf Kostenseite durch eine Nutzergemeinschaft und durch den Einsatz bei verschiedenen Institutionen in Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen - Schaffung einer optimalen Integrationsplattform für verschiedene IT-Systeme durch eine offene Architektur unter einer Oberfläche
Zielgruppe(n):	Alle Behörden des Bundes
Beteiligte Ressorts:	BMI (BVA), weitere Ressorts nach Bedarf
Projektbeschreibung:	<p>Wissens- und Erfahrungsmanagement ist eine strategische Disziplin. Der Erfolg des Wissensmanagements ist einerseits wie kein anderes Projekt von der individuellen Behördenkultur abhängig, andererseits prägt und entwickelt es die Behördenkultur. Die kulturellen Veränderungsprozesse müssen daher ganzheitlich betrachtet werden. Für den Einsatz in den Behörden wurde ein generisches Vorgehensmodell mit beherrschbaren Realisierungsstufen zur Einführung von Wissens- und Erfahrungsmanagement entwickelt.</p> <p>Zur Unterstützung und Gestaltung der Veränderungsprozesse</p>

	<p>wurde im Rahmen des Projekts Wissens- und Erfahrungsmanagement das Mitarbeiterportal OfficeNet im Sinne einer Komplettlösung realisiert. Es ist so ausgestaltet, dass alle wichtigen, individuell gewünschten Entwicklungsstufen der Behörden abgebildet werden können. OfficeNet ist eine Lösung mit modularem Aufbau, die bereits bei einer Vielzahl von Behörden und im BVA erfolgreich im Einsatz ist. Es stellt den Behörden umfangreiche Wissensmanagementmodule wie personalisierte und allgemeine Fachforen, Umfrage- und Evaluationsinstrumente, aktive Informationsverteilung nach abstrakten und individuellen Regeln, Glossaren, einer einfachen Redaktionsumgebung etc. zur Verfügung. OfficeNet wird durch die Integration betrieblicher Prozesse und Self-Services (Urlaubskarte etc.) entsprechend dem Behördenbedarf weiter ausgebaut.</p>
<p>Projektfortschritte 2008:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Nutzung durch weitere Institutionen und Behörden - Abbildung und Einbindungen weiterer vielfältiger und individueller Behördenszenarien - Erhöhung der Konfigurierbarkeit des Gesamtsystems
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz des Wissensmanagementsystems im Rahmen des D115-Projekts im BMI - Unterstützung von weiteren Institutionen im Rahmen des Wissensmanagement und Einsatz des Mitarbeiterportals
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Roll-out des Wissensmanagements auf weitere Bundesbehörden - Weiterentwicklung des Systems in Richtung eines umfassenden Erfahrungsmanagements - Vernetzung mit Dokumentenmanagement- und weiteren Fachinformationssystemen

3.7.3 E-Vorgangsbearbeitung/Dokumentenmanagement

Handlungsfeld: Organisation - Informations- und Wissensmanagement

Ziel/Nutzen:	<p>Zielgruppe Behörden des Bundes, der Länder und der Kommunen:</p> <p>Bereitstellung eines übergreifenden organisatorischen Konzepts zur Einführung und Nutzung der elektronischen Vorgangsbearbeitung sowie eines aktuellen Anforderungskataloges an entsprechende Systeme</p> <p>Zielgruppe Produkthersteller:</p> <p>Bereitstellung funktionaler Anforderungen an IT-gestützte Vorgangsbearbeitungssysteme auf Basis aktueller technischer Anforderungen (SAGA, BITV) zur zielorientierten Entwicklung der entsprechenden Systeme</p>
Zielgruppe(n):	Behörden des Bundes, der Länder und der Kommunen, Produkthersteller
Beteiligte Ressorts:	BMI
Projektbeschreibung:	Anpassung des DOMEA-Konzepts, seiner Erweiterungsmodule und des Anforderungskatalogs an veränderte funktionale, rechtliche und technische Rahmenbedingungen für den Einsatz von Systemen der IT-gestützten Vorgangsbearbeitung in Behörden sowie Berücksichtigung eines konzeptionellen Ansatzes für Informations- und Wissensmanagement
Projektfortschritte 2008:	Die für 2008 beabsichtigten Maßnahmen wurden begonnen, konnten jedoch 2008 aufgrund fehlender Ressourcen nicht abgeschlossen werden. Zwischenergebnisse können auf der Web-Seite www.verwaltungs-innovativ.de eingesehen werden. Das Projekt wird 2009 fortgesetzt.
Maßnahmen 2009:	Die folgenden Maßnahmen werden 2009 fortgesetzt bzw. begonnen: <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung einer auf das Management ausgerichteten Handlungshilfe für die Einführung einer elektronischen Akte - Modularisierung des DOMEA-Konzepts, Überarbeitung des Organisationskonzepts eAkte unter Berücksichtigung von Groupware sowie Einbindung in den umfassenderen

	<p>Ansatz eines Informations- und Wissensmanagements</p> <ul style="list-style-type: none"> - Neugliederung und Überarbeitung der Erweiterungsmodule im Hinblick auf die neue Ausrichtung des Konzepts - Mitarbeit bei der Fortschreibung des XÖV-Standards XDOMEA 2.0 - Modifizierung und Weiterentwicklung des Anforderungskatalogs auf Basis einer serviceorientierten Architektur - Erweiterung des Moduls Langzeitarchivierung zum Organisationskonzept Langzeitarchivierung und Aussonderung
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Fortsetzung der 2009 durchgeführten Maßnahmen - Aufsetzen eines Pilotierungsprojekts zum Test neuer kooperativer Ansätze zur Abbildung unstrukturierter Prozesse - Erhöhung der Nutzerzahlen in einschlägigen Projekten - Anbieten von Unterstützung seitens BMI/CC VBPO

3.7.4 Informations- und Bibliotheksportal des Bundes

Handlungsfeld: Organisation - Informations- und Wissensmanagement

Ziel/Nutzen:	<p>Das Portal http://bibliotheksportal.ivbb.bund.de stellt die Informationsangebote und Dienstleistungen der Bibliotheken von Bundesbehörden im IVBB bereit.</p> <p>Ziel des Projekts ist es,</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Beschäftigten über eine gemeinsame elektronische Plattform behörden- und ressortübergreifend einen schnellen und effektiven Zugang auf ein umfassendes und qualifiziertes Informationsportfolio zu ermöglichen, - vom Behördenarbeitsplatz aus den Zugriff auf umfassende Auskunfts- und Recherchemöglichkeiten zu bieten, Volltextabrufe und Transaktionen (z. B. Direktbestellungen per Mausklick, Personalisierungen, Literaturmanagement) zu ermöglichen, - das Potenzial moderner Technologie durch die zentrale Verwaltung des Portals effektiv und wirtschaftlich zu nutzen, - über kontinuierliche Verbesserungen die Nachhaltigkeit der Qualität des Informationsangebots zu gewährleisten, - über Kooperationen und Allianzen ein effektives und effizientes Informations- und Wissensmanagement für die Bundesverwaltung anzubieten. <p>Das Portal bietet folgenden Nutzen für die moderne Verwaltungsarbeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fachspezifische Bibliotheksangebote können unabhängig von Bibliotheksöffnungszeiten behörden- und ressortübergreifend genutzt werden. - Der Behördenarbeitsplatz kann durch die zentrale Darbietung des kompetenten Informationsservice effizienter ausgestaltet werden; zeitaufwändige Dienstgänge und -recherchen der Behördenmitarbeiter entfallen. - Die Beschaffung und Bereitstellung elektronischer Informationen und Datenbanken über Kooperationen und Allianzen können wirtschaftlicher ausgestaltet und die
--------------	---

	<p>Lizenzverwaltung über die Authentifizierung zentral gesteuert werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Netzpublikationen der am Portal teilnehmenden Behörden werden über den Publikationsserver zentral verwaltet.
Zielgruppe(n):	Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung mit Zugriff auf den IVBB
Beteiligte Ressorts:	BMI , BMAS, AA, BMJ, BMF, BMWi, BMELV, BMVg, BMFSFJ, BMG, BMVBS, BMU, BMBF, BMZ, BR; BK, BPrA, BPA, BRH, BGH, FH Bund, BND
Projektbeschreibung:	<p>Um den hohen Qualitätsstandard der bereitgestellten Fachinformationen auch weiterhin anbieten zu können und um die arbeitsplatzbezogene Leistungserbringung für die Beschäftigten zu optimieren, muss das Informations- und Bibliotheksportal kontinuierlich verbessert und sowohl inhaltlich als auch technologisch ausgebaut werden. Hieraus ergibt sich die konkrete Aufgabenstellung für das Projekt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - nachhaltige Gestaltung der bedarfsgerechten und bedienerfreundlichen Bereitstellung von elektronischen und konventionellen Informationen und Dienstleistungen - Erweiterung des Spektrums an Informations- und Serviceleistungen des Portals um personalisierte Dienste für den Behördenarbeitsplatz, damit künftig trotz Verteuerung der Fachinformation die Wirtschaftlichkeit bei der Informations- und Wissensvermittlung gewahrt bleibt - Einführung und Umsetzung der Standards (Datenformat, Metadaten) für die Verfügbarkeit und die Langzeitarchivierung von elektronischen Veröffentlichungen mit dem Aufbau eines Publikationsservers - Umsetzung der Vorgaben der Pflichtablieferungsverordnung (PflAV 2008) für die am Portal teilnehmenden Behörden einschließlich der Verwaltung der Uniform Resource Name (URN) als Kooperationspartner der Deutschen Nationalbibliothek - Koordinierung und Steuerung des Einsatzes von Medien und Informationen über ein zielgerichtetes Informations- und Wissensmanagement für die Bundesverwaltung, um die

	<p>Prämissen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erfüllen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gewährleistung der Vertrauenswürdigkeit von behördenspezifischen Informationen und Inhalten, besonders bei elektronischen Dokumenten - Aufbau des Webauftritts des Portals mit seinen verschiedenen Sichten
<p>Projektfortschritte 2008:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbau eines Publikationsservers für die Verwaltung von elektronischen Publikationen - Einführung der Software des SWBContent zur Administrierung von Netzpublikationen einschließlich der Metadaten - Festlegung der Uniform Resource Name (URN-Formel) für die Bundesbehörden, deren Bibliotheken am Portal teilnehmen - Aufbau einer zentralen Ablieferungsstelle für Netzpublikationen des Bundes im Rahmen der Pflichtablieferungsverordnung (PflAV 2008) für die am Portal teilnehmenden Behörden - Einbindung der Behörden Fachhochschule des Bundes und Bundesnachrichtendienst - Erweiterung des Datenbankportfolios
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Vorbereitung der Neuausschreibung des Informations- und Bibliotheksportals mit dem Ziel einer grundlegenden technologischen wie auch strategischen Neuausrichtung - Hostingverlagerung zur Bundesstelle für Informationstechnik im Bundesverwaltungsamt - Betriebliche Abbildung des Systems auf die Netze des Bundes - Erweiterung des Datenbankportfolios - Ausbau des Informations- und Wissensmanagements
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Neuausschreibung von Portalsoftware und Portalverwaltung mit <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung des Retrievals durch den Einsatz geeigneter Suchmaschinentechnologie ▪ Implementierung von Elementen des Semantischen Webs und Ontologien-Aufbau (Web 3.0) ▪ Optimierung der Nutzerführung durch Vorbereitung des

	<p>Einsatzes einer Single-Sign-on-Technologie</p> <ul style="list-style-type: none">- Inbetriebnahme des neuen Systems in Netze des Bundes- kontinuierliche Erweiterung des Informationsportfolios mit Fachinformationen und Optimierung des Dienstleistungsspektrums- bedarfsorientierte Optimierung der Portaltechnologie, der Bibliotheksdatenbanken und des Publikationsservers hin zu einem verbesserten Informations- und Wissensmanagement- Erweiterung des Informations- und Bibliotheksportals mit einer Kommunikationsplattform für alle Portalnutzer unter Einsatz von Social Software (Web 2.0), wie Weblogs und Wikis- Verbesserung der Kommunikationsnetze für Portalteilnehmer und Portalausschuss durch Implementierung eines Content Management Systems- Erweiterung des Teilnehmerkreises auf alle Bundesbehörden- Ausbau des Qualitätsmanagements- Aufbau einer E-Learning-Plattform zur verbesserten Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz- verbesserte Einbindung des Informations- und Wissensmanagements in die Wertschöpfungskette der Bundesverwaltung
--	---

4. Internationale Kooperationsfähigkeit

Der Erfahrungsaustausch mit europäischen und internationalen Partnern über erfolgreiche Maßnahmen dient der Verwaltungsmodernisierung in der Bundesverwaltung.

Die Ziele des Handlungsfeldes richten sich daher darauf, aus dem internationalen Austausch zu lernen und damit die Modernisierungsvorhaben zu unterstützen. Bei großen Vorhaben der Verwaltungsmodernisierung wird beispielsweise untersucht, wie internationale Partner vergleichbare Herausforderungen gemeistert haben und inwieweit solche Lösungen auch in Deutschland genutzt werden können. In diesem Zusammenhang ist auch die Teilnahme an internationalen Konferenzen und Tagungen zu sehen, beispielsweise an der 5. Internationalen Qualitätskonferenz der europäischen Verwaltungen 2008.

Durch die Beteiligung an nationalen und europäischen Wettbewerben wird der Anreiz zur Entwicklung guter Lösungen intensiviert und der internationale Austausch angeregt. So wird 2009 eine ähnlich große Zahl an Bewerbungen für den European Public Sector Award erwartet wie 2007. Mehr als 300 Verwaltungen aus 25 europäischen Staaten nahmen damals teil.

Die Kooperation im europäischen Verwaltungsnetzwerk EUPAN wurde im Jahr 2008 weiter gestärkt. Auch im internationalen Kontext der OECD werden Schwerpunktthemen der öffentlichen Verwaltung aufgegriffen, analysiert und für die Reformen in Deutschland genutzt. Zu diesen übergeordneten Zielen werden im Handlungsfeld Internationale Kooperationsfähigkeit folgende Projekte durchgeführt:

4.1 European Public Sector Award

Handlungsfeld: Internationale Kooperationsfähigkeit

Ziel/Nutzen:	<p>Der European Public Sector Award (EPSA) ist ein Wettbewerb, bei dem sich die öffentlichen Verwaltungen Europas mit ihren Leistungen darstellen und anderen als Beispiel dienen können. Es werden folgende Ziele verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beitrag zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung - Schaffen eines gemeinsamen europäischen Verwaltungsraums - Entwickeln neuer Muster zur Lösung von Verwaltungsproblemen - Fördern des konstruktiven Wettbewerbs zwischen öffentlichen Verwaltungsorganisationen und Würdigen hervorragender Leistungen - Lernen von den Spitzenverwaltungen - Schaffen eines Netzwerks der Verwaltungskompetenz und damit einer europäischen Lernplattform für Verwaltungslösungen - Imagegewinn für die teilnehmenden Verwaltungseinrichtungen <p>Der Wettbewerb soll dazu beitragen, die Bereitschaft der Regierungen zur Modernisierung ihrer Verwaltungsstrukturen und -praktiken zu verbessern und sich mit den wesentlichen Themen der Verwaltungsreformen in Europa auseinanderzusetzen.</p>
Zielgruppe(n):	Organisationen im Bereich der öffentlichen Verwaltung in den europäischen Mitgliedstaaten
Beteiligte Ressorts:	BMI (Vertretung für Deutschland), 14 weitere EU-Staaten, Europäische Kommission
Projektbeschreibung:	<p>Der Wettbewerb bietet die Möglichkeit, unterschiedliche Lösungsvorschläge verschiedener europäischer Verwaltungen kennen zu lernen. Die Auswahl der Wettbewerbskategorien lenkt die Aufmerksamkeit auf entscheidende Themenstellungen des öffentlichen Dienstes.</p> <p>Ausgeschriebene Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen

	<ul style="list-style-type: none"> - Einbeziehung der Bürger - neue Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit - Führung und Management für den Wandel
<p>Projektfortschritte 2008</p>	<p>Der erfolgreich durchgeführte EPSA 2007 war eine gemeinsame Initiative der Bertelsmann Stiftung, der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der European Group of Public Administration (Brüssel) mit den Projektpartnern Österreich, Schweiz und Deutschland. Er hatte den früheren Speyerer Qualitätswettbewerb ersetzt.</p> <p>Am 18. Januar 2008 fand in der Bertelsmann-Repräsentanz eine Besprechung zur Zukunft des EPSA 2009 statt. Es wurde vereinbart, das Europäische Institut für Öffentliche Verwaltung (European Institute of Public Administration – EIPA) zu bitten, die alleinige Trägerschaft und Durchführung für den EPSA 2009 zu übernehmen.</p>
<p>Maßnahmen in 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Mitwirkung des BMI an der Durchführung des EPSA 2009 - Öffentlichkeitsarbeit zum Wettbewerb in Deutschland - Beratung von Projektbewerbern - Teilnahme des BMI an der Preisverleihung im November 2009 in Maastricht (NL)
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Durchführung des European Public Sector Award im Zweijahres-Rhythmus - Nutzung der Wettbewerbsergebnisse in den nationalen Modernisierungsprogrammen

4.2 Personalbeurteilung in internationalen Organisationen

Handlungsfeld: Internationale Kooperationsfähigkeit

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Mobilität zwischen nationalen und supra- bzw. internationalen Verwaltungen durch praxisbezogene Informationen über die Personalbeurteilung in internationalen Organisationen - Transparenz über Kriterien, Verfahrensweisen und sonstigen Grundlagen der Personalbeurteilung in internationalen Organisationen - Bessere Nutzung von Beurteilungen in internationalen Organisationen als Grundlage für die Anschlussverwendung und Förderung deutscher Bediensteter nach Rückkehr
Zielgruppe(n):	Personalreferate der Bundesressorts und ihre Geschäftsbereiche sowie der Landes- und Kommunalverwaltungen
Beteiligte Ressorts:	BMI in Verbindung mit dem interministeriellen Ausschuss für das deutsche Personal bei der EU und internationalen Organisationen
Projektbeschreibung:	Aktualisierung und Erweiterung der 2003 im Auftrag des BMI erarbeiteten Studie „Die Personalbeurteilung in internationalen Organisationen als Bezugsgrundlage für eine Verbesserung des deutschen Personalanteils“, insbesondere durch Berücksichtigung der Entwicklung und Erprobung leistungsbezogener Beurteilungsmethoden
Projektfortschritte 2008:	<ul style="list-style-type: none"> - Durchführung der Interviews bei ausgewählten internationalen Organisationen; Datensammlung - Vorlage eines ersten vollständigen Entwurfs (Oktober 2008); Abstimmung zu Einzelfragen - Endredaktion in Zusammenarbeit mit der Universität Mannheim und Herstellen einer Druckvorlage
Maßnahmen 2009:	Veröffentlichung der Studie und Erörterung der Ergebnisse mit der Zielgruppe

4.3 OECD-Länderexamen in Deutschland

Handlungsfeld: Internationale Kooperationsfähigkeit

Ziel/Nutzen:	<ul style="list-style-type: none"> - Einheitliche Darstellung der Regulierungspolitik in Deutschland gegenüber der Europäischen Union (EU) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) - Erkenntnisse für die nationale Strategie der Regulierungspolitik durch internationalen Vergleich
Zielgruppe(n):	Spezialisten des Themas Regulierungspolitik in der Bundesverwaltung
Beteiligte Ressorts (Koordination):	BMI , BMWi, BMJ, GBü und Ständige Vertretung bei der OECD
Projektbeschreibung:	<p>Das unter Federführung BMI durchgeführte Projekt ist Teil des OECD-Projekts „Better Regulation in Europe: an OECD Assessment of Regulatory Capacity in 15 Member States“, das mit Mitteln und im Auftrag der EU die Regelungskapazitäten von 15 EU-Mitgliedsstaaten untersucht und bewertet. Die OECD untersucht die Regelungstätigkeit aller staatlichen Ebenen wie auch den Rechtsvollzug. Ziel ist es, den Stand im Bereich der Besseren Rechtsetzung in den 15 Mitgliedstaaten zu ermitteln, Trends zu beschreiben und Lücken zu identifizieren, die sie im Vergleich zu bewährten Verfahrensweisen im Kontext der OECD-Empfehlungen zur besseren Rechtsetzung und Schlüsselementen der Better-Regulation-Politik der EU aufweisen. Folgende Schritte sind geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der aktuellen Relevanz der OECD-Empfehlungen im Rahmen des ersten Länderexamens Deutschlands von 2003, Neupositionierung bzw. weitere Umsetzung der Handlungsempfehlungen, wo noch nicht geschehen - Vereinheitlichung der Vorgaben beim und Informationen über den Prozess der nationalen Folgenabschätzung - Überprüfung des Handlungsrahmens für die Konsultation von Interessensgruppen und der Transparenz - Identifizierung der Schlüsselfragen der Regulierung in der Schnittstelle zwischen nationalem und supranationalen Ebenen der Regierung

<p>Projektfortschritte 2008:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Eröffnungsschreiben liegen vor (Q 3/2008) - Erneuerung des Leitfadens zu Gesetzesfolgenabschätzung in Deutschland unter Einbeziehung der Aspekte Transparenz und Konsultation (Q 2-4/2008) - Vorbereitung des Projektauftrages (Q 4/2008)
<p>Maßnahmen 2009:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Auftaktveranstaltung eintägig (Q 1/2009) - Prüfmision der OECD (Q 1/2009) - Abstimmung des Prüfberichtes Deutschland (Q 2-3/2009) - Abschlusskonferenz mit Vorstellung des Berichts (ab Q 3/2009) - Konzeption zur Umsetzung geeigneter Empfehlung der OECD in das nationale Konzept zur Regulierungspolitik (Q 3/2009)
<p>Ausblicke und Meilensteine bis 2010 (bzw. über die gesamte Projektlaufzeit):</p>	<p>Synthesebericht der OECD über alle geprüften EU-Mitgliedstaaten (voraussichtlich 2010)</p>

III. Organisation des Programms

Die Steuerung des Programms „Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen“ erfolgt durch den interministeriellen Ausschuss für Organisationsfragen (AfO). 2008 fanden vier Sitzungen und eine zweitägige Klausurtagung statt.

In der Umsetzung des Regierungsprogramms übernimmt der AfO folgende Aufgaben der Steuerung:

- Unterstützung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit durch Förderung einer entsprechenden Kommunikation mit turnusmäßigen Besprechungen
- Monitoring der Projektfortschritte in den einzelnen Umsetzungsprojekten entlang der im Umsetzungsplan zusammengefassten Meilensteine
- Vorbereitung der Kabinettsbeschlüsse, die ggf. für die weitere Umsetzung des Regierungsprogramms erforderlich werden
- Initiierung neuer Projekte sowie anderer Vorhaben zur Verwaltungsmodernisierung

Der AfO lässt sich regelmäßig über die Projektfortschritte der einzelnen Expertenzirkel berichten. Er übernimmt keine Aufgaben im Controlling der einzelnen Fachprojekte. Diese Aufgabe liegt ausschließlich in der Verantwortung der projektführenden Behörden bzw. der Projektgruppen.

Zu den einzelnen Projekten in den Behörden sichern die Mitglieder des AfO in ihren Geschäftsbereichen die aktive Unterstützung des Programms und die Koordination der laufenden Maßnahmen mit den Zielen des Programms.

Der jährliche Bericht an das Bundeskabinett über den Umsetzungsfortschritt und die nächsten Ziele in den Einzelprojekten erfolgt durch das BMI.

Die BAKöV unterstützt die Umsetzung des Regierungsprogramms durch gezielte Fortbildungsangebote.

IV. Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bezeichnung
AA	Auswärtiges Amt
AfO	Ausschuss für Organisationsfragen
BABZV	Beschaffungsamt der Bundeszollverwaltung
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BAköV	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung
BeschA	Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern
BGH	Bundesgerichtshof
BGleiG	Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Gerichten des Bundes
BITV	Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung
BK	Bundeskanzleramt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BND	Bundesnachrichtendienst
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
BPrA	Bundespräsidialamt
BR	Bundesrat
BRH	Bundesrechnungshof
BSTU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BSZ	Bürgerservice-Zentrum
BVA	Bundesverwaltungsamt

BWB	Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung
CAF	Common Assessment Framework
CC VBPO	Kompetenzzentrum für Vorgangsbearbeitung, Prozesse und Organisation
Destatis	Statistisches Bundesamt Deutschland
DHV Speyer	Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
DLZ	Dienstleistungszentrum, -zentren
DOMEA	Konzept für Dokumenten-Management und elektronische Archivierung in der öffentlichen Verwaltung
EG	Europäische Gemeinschaft
E-Government	Electronic Government
EIPA	European Institute of Public Administration (Europäisches Institut für Öffentliche Verwaltung)
EPSA	European Public Sektor Award
EU	Europäische Union
EUPAN	European Public Administration Network
FH Bund	Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
GBü	Geschäftsstelle Bürokratieabbau
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GRV	Gesetzliche Rentenversicherung
HAV	Haushaltsaufstellungsverfahren
HKR	Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen
HR	Haushalts- und Rechnungsführung
IDEMA	Internet-Dienst für eine moderne Amtssprache (Ruhr-Uni Bochum)
IR	Interne Revision
IT	Informationstechnik
IVBB	Informationsverbund Berlin – Bonn
IVBV	Informationsverbund der Bundesverwaltung
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Q 1, 2, 3, 4	Quartal 1, 2, 3, 4
QM	Qualitätsmanagement
SAGA	Standards und Architekturen für E-Government-Anwendungen
SIC	Steuerliches Info-Center
SKM	Standardkosten-Modell
SSC	Shared Services Center
StBA	Statistisches Bundesamt Deutschland
TM + TS	Travel Management und Travel Management System
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
V-Modell XT	Das V-Modell ist ein Vorgehensmodell zum Planen und Durchführen von

	Projekten (Vorgehensmodell Extrem Tailoring).
XDOMEA	XML-Standard des DOMEA-Konzepts
XÖV-Prozesse	XML in der öffentlichen Verwaltung
ZAS	Ziel- und Aufgabensteuerung, Projekt im Bundesversicherungsamt
ZIC	Zoll-Info-Center